

Correspondenzblatt

der
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50.
Postzeitungsnummer 1635.
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften
erhalten das Blatt gratis.

Redaktion:
P. Umbreit,
Markstraße Nr. 15, II,
Hamburg 6.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Lage der weiblichen Diensthöten in Berlin	257	Unternehmerkreise: Ein Syndikat der Syndikate	269
Gesetzgebung und Verwaltung: Der badische Fabrik- inspektionsbericht 1901. — Zur Erweiterung des Kinderschutzes in Deutschland. — Kom- munale Arbeitslosigkeitaktionen.	259	Ausflug: Kartellisierung ohne Störung	269
Statistik und Volkswirtschaft: Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes f. d. Jahr 1901.	262	Gewerbegerichtliches: Wahlen in Aischersleben und Duisburg	269
Soziales: Ausländische Arbeiter und Sachseingänger in Deutschland.	263	Kartelle, Sekretariate: Bau eines Gewerkschaftshauses in Dresden. — Neue Arbeitersekretariate. — Neuwahl des Kieler Arbeitersekretärs. — Weitere Arbeitslosen- zählungen	269
Arbeiterbewegung: Aus den deutschen Gewerkschaften. — Von den ausländischen Gewerkschaften.	263	Anderer Organisationen. Zur gewerkschaftlichen Agitation bürgerlicher Frauenrechtlerinnen	270
Kongresse: Sechste ordentliche Generalversamm- lung des deutschen Textilarbeiterverbandes. — Kongreß der deutschen Textilarbeiter. — Elfte Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands	264	Mittheilungen: An die Gewerkschaftstabelle (betr. Agitation für die Barbiers). — Leitung über Beiträge zur General- kommission im März	271
		Adressen der gewerkschaftlichen Landeszentralen	271
		Adressen der Vorsitzenden der deutschen Zentral- verbände und Agitationstommissionen.	271
		Adressen der Arbeitersekretariate.	272

Die Lage der weiblichen Diensthöten in Berlin.

Eine „Studie“ nennt der Verfasser sehr richtig sein Buch,* zu welchem die öffentlichen Versammlungen für Dienende im Sommer 1899 ihm die erste Anregung gaben. Auch die bestehenden Diensthötenvereine nahmen von dort ihren Ausgang, wenn auch nicht in der planmäßigen Weise, in der Gewerkschaftsvereine durch solche Versammlungen eingeleitet oder vorbereitet werden. Daß auch der weitere Verlauf erhebliche Unterschiede aufweist, kann man lebhaft bedauern; wundern wird sich nur Der, welcher den tiefgehenden Einfluß verkennet, den die Lage der häuslichen Diensthöten auch auf ihre Anschauungen, verhältnissen mit denen des übrigen Proletariats, nothwendig ausübt. In ihrer Vereinzelung, oft sehr komplizierten Verhältnissen gegenüber, ohne den Rath und die Aufklärung durch besser unterrichtete Kollegen, sind sie meist ohne Massenbewußtsein und wenden ihr ganzes Interesse den persönlichen Fragen zu — ganz wie ihrerseits die Herrschaften. Hat aber eines der aufklärten Mädchen das Unglück, bei einem Stellenwechsel auf einen schlechten Platz zu gelangen, so wird ihre Kraft für die Agitation einfach lahmgelegt.

Hierfür hat Dr. Stillich Verständnis, nicht aber für die „bodenlose Rückständigkeit“ der Berliner Hausfrau, über die er die ganze Schale seines Zornes ausgießt. Da jedoch Niemand sie bisher ermutigt hat, Verständnis für die Arbeiterfrage zu gewinnen, ihre Theilnahme für Reformen auf diesem Gebiete zu wecken, ist es viel verlangt, daß sie diese in ihr ruhiges Heim wie eine Dynamitpatrone geschleuderte Frage anders betrachten soll, denn als ein häusliches Unglück. Ihre meist ebenso ehrliche, als beschränkte Ueberzeugung, es gehe den Mädchen sehr gut, sonst wären sie nicht so „übermüthig“, kann am besten durch die Wirksamkeit der Vereine überwunden werden, falls diese ihrer Aufgabe mit Geschick und Ausdauer nachkommen.

Die Enquête, welche Dr. Stillich veranstaltete — er verschickte an Herrschaften und Diensthöten je 9000 Fragebogen — brachte sehr interessante Resultate, sehr bemerkenswerthe Einzelheiten in den 646 Bogen, die brauchbar und glaubhaft ausgefüllt, zurückkamen; 187 von Herrschaften, 459 von Dienstmädchen. Die Wuth und Empörung der Damen oder Herren, die dem Frager eine Fluth von groben, beschimpfenden Briefen einbrachte, legt ein unfreiwilliges, daher doppelt eindringliches Zeugniß ab, für die Nothwendigkeit einer Reform — nicht nur des Dienstverhältnisses, sondern auch der Erziehung der „oberen Klassen“. Den Zweck, für eine Reform des häuslichen Dienstes zu wirken, wird die werthvolle Studie vielleicht nur theilweise erreichen. Die große Zahl und die Ausführlichkeit der Fragen werden manche Hausfrau bestimmt haben, von einer Beantwortung abzusehen — freilich mögen noch zahlreiche jene sein, welche mit Recht fühlen, daß ihre häuslichen Zustände das Licht nicht vertragen. Aber nicht nur diese, sondern auch die meisten wohlwollenden Bürgerlichen sind für Reformen auf diesem Gebiete nur schwer zu haben.

Eine kurze historische Einleitung zeigt mit aller überzeugenden Klarheit das ehrwürdige Alter der Klagen über das faule und widerspenstige Geinnde, zugleich aber auch die Größe der Ansprüche der Herrschaften, den niedrigen Lohn und die schlechte Behandlung, welche die Dienenden hinnehmen mußten. Im Uebrigen enthält das Buch die Resultate der Enquête, nach den einzelnen Gegenständen geordnet, gut gruppiert und übersichtlich dargestellt. Mit Recht betont der Autor zunächst die seelische Einsamkeit der Mädchen, welche aus der Provinz, vom Lande kommend, den neuen Verhältnissen ebenso fremd gegenüberstehen, wie den neuen Menschen, unter die ihr Schicksal sie verschlägt. Die Großstädterin dient nur ausnahmsweise; den Bedarf an Dienstmädchen deckt der Strom von 40 000 jungen Kindern des Landes, welche in der großen Stadt ihr Glück suchen.

Wie dies Glück oft beschaffen ist, lehren die Klagen über die Behandlung, die Ueberbürdung, das

* Dr. Oscar Stillich: „Die Lage der weiblichen Diensthöten in Berlin“. Verlag von Dr. John Edelheim, Berlin-Bern.

ungenügende Essen, die Beschaffenheit des Schlafraumes. Es gilt ja meist für ausgemacht, daß der verhältnismäßig geringe Lohn im Vergleich mit der Industriearbeiterin durch die viel bessere Kost und Unterkunft weit gemacht wird. Muß aber das Mädchen aus eigener Tasche zukaufen, um den Hunger zu stillen, schläft sie auf luft- und lichtlosen Hängeboden, dann ist sie doppelt geschädigt, und in dieser Beziehung erhalten wir durch die Enquête sehr werthvolle Aufklärungen. So heißt es z. B. unter den Antworten der Herrschaften: „Da altes Haus, läßt der Schlafraum zu wünschen übrig; das Mädchen kann sich in dem Raum nicht gerade stellen.“ Und: „Wegen seiner geringen Höhe (1,50 Meter) benutzt das Mädchen den Hängeboden nur zum Schlafen.“ Wenn selbst Herrschaften sich nicht scheuen, solche Geständnisse zu machen, so wundert man sich nicht, bei den Mädchen noch ärgere Angaben zu finden, ohne sie zu bezweifeln. Dr. Stillich berechnet den Luftraum der Schlafzimmern nach den gemachten Angaben als zu gering bei 43 pZt., mäßig bei 34 pZt., genügend bei 23 pZt.

Etwas besser ist es mit der Kost, trotz vieler Klagen, die den vollen Stempel der Aufrichtigkeit tragen. Das Zukaufen spielt eine nur zu große Rolle und auch die Qualität wird häufig gerügt und nicht immer in den einfachen Diensten. Wo das gleiche Essen gegeben wird, da hört man wenig Klagen; es ist der Kontrast, welcher aufreizend wirkt.

Auch in sittlicher Beziehung sehen wir betrübende Resultate. Der Prostitution verfallen, nach Stillich, eine ungewöhnliche Zahl — 6 pZt. aller Eingeschriebenen — der eingewanderten Mädchen, welche sich dem häuslichen Dienste widmen. Und nimmt man dazu die zahlreichen unehelichen Geburten, die häufige Verführung durch den Herrn oder den Sohn des Hauses, dann sieht man die Haltlosigkeit der alten Legende von dem sittlichen Schutz und der moralischen Hebung, welche dem Dienstmädchen im Hause der Herrschaft zu Theil wird.

Von größter Wichtigkeit ist die Frage der Arbeitszeit. Eine Regelung existiert nicht und kann nicht eingeführt werden, falls nicht andere, weit wichtigere und einschneidendere Neuerungen vorgehen. Der Autor beruft sich auf Neu-Seeland, wo der Achtstundentag eingeführt ist, der nur in seltenen Ausnahmen auf zwölf Stunden verlängert wird. Neu-Seeland hat auch die fortgeschrittenste Arbeitergesetzgebung und als ein neubefiedeltes Land mit viel Raum und wenig Menschen, bietet es reichlich Gelegenheit zur Unterbringung und Beköstigung der wenigen Dienstmädchen im Gegensatz zu den alten Ländern mit Ueberangebot an Arbeitskräften und Uebertheuerung der Wohnräume. Aber sehr peinlich berührt es, daß von den Mädchen, welche Antworten einschickten, 55 pZt. gelegentlich auch noch nach Mitternacht beschäftigt waren, wenn auch nur gelegentlich. Freilich giebt es ohne diese Gelegenheitsarbeit weder Gesellschaft noch Ball; dergleichen wird in Neu-Seeland anders gehandhabt.

Die Enquête hat ergeben, daß etwa die Hälfte der Mädchen mehr als 16 Stunden beschäftigt ist; nur etwa 2 pZt. von allen weniger als 12 Stunden. Am besten haben es verhältnismäßig die Köchinnen, die auch die besten Löhne erhalten; die Mädchen für Alles sind dagegen am meisten belastet. Daß aber auch Köchinnen in reichen Häusern überbürdet werden, zeigt die Leidensgeschichte eines sehr tüchtigen Mädchens, welches seine Erlebnisse in einem interessanten Kapitel selbst erzählt.

Einen bestimmten Vorschlag zur Besserung macht der Verfasser nicht. Nur andeutungsweise erwähnt er gewerbliche Hauspflege oder Wirthschaftsgenossen-

schaften und schließt sein Buch, wie er es begann, mit einem Fragezeichen. Sicher geben seine Studien ein Mittel zur Beantwortung an die Hand, für Jene, die sich mit der Frage noch nie befaßt haben. Auch ihnen wird es wohl klar werden, daß Abschaffung der Gefindeordnung, des Dienstbuches, Einführung von Kranken- und Unfallversicherung, die unerläßlichen Vorbedingungen jeder gründlichen Reform seien. Ein zielbewußter, energischer Fachverein würde am besten dieses nothwendige Rüstzeug erkämpfen. Ob der eine oder der andere der beiden bestehenden Vereine hierzu die Kraft findet, muß die Zukunft lehren.

Schon zu Ende der achtziger Jahre wollte der Unterstützungsverein für männliche Dienstmädchen organisieren. Der Versuch hatte jedoch nur den einen, allerdings guten, Erfolg, einigen tüchtigen und begabten Mädchen, die sich später als Führerinnen hervortaten, als erste Anregung zu dienen. Als dann im Frühjahr von 1899 die „Dienstbotenzeitung“ von Redakteur Perlmann gegründet wurde, erhielt das Vereinsleben einen neuen Aufschwung; der Unterstützungsverein wurde organisiert und nach den ersten öffentlichen Versammlungen im Sommer, wuchs die Zahl der Mitglieder auf 1000 an. Dem vielversprechenden Anfang folgten die unerquicklichsten Streitigkeiten zwischen den Führern. Theils persönliche Gehässigkeiten und Anfeindungen, theils Mangel an Mitteln veranlaßten den Niedergang der zwei Fachzeitungen und schädigten die Bewegung auf's Empfindlichste.

Nach wiederholten Spaltungen haben sich zwei Vereine in ihrem Bestand behauptet. Der „Hilfsverein für weibliches Hauspersonal“ hat insofern mehr Standesbewußtsein, als er nur Dienende aufnimmt. Neben anderen Unterstützung aller Art, plant er auch die Errichtung eines Altersheims für Dienstmädchen. In der Deffentlichkeit hört man seit langer Zeit wenig von ihm.

Der zweite Verein suchte andere Wege auf. Unter Führung der National-Sozialen, welche die Bewegung mit Rath und That unterstützten, verwandelte er sich in einen „Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangestellten“, rückte einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis in den Mittelpunkt seiner Thätigkeit und proklamierte die „Harmonie der Interessen“. Die Wirkung war entschieden günstig; die Mitgliederzahl stieg höher denn zuvor; öffentliche Versammlungen, von befreundeter Seite einberufen, machten Propaganda und in den Versammlungen wurde lebhaft auf Abschaffung der alten Mißbräuche gedrungen; auch Petitionen wurden abgesandt. Auf die Dauer jedoch läßt sich nun einmal das Märchen von der Interessengemeinschaft nicht aufrecht erhalten. In einzelnen Fragen, so in der Forderung von Fortbildungsschulen für Mädchen, oder von guten Haushaltungsschulen, ist das Interesse nur zu Anfang das gleiche. Wenn das ausgebildete Mädchen auf Grund ihrer höheren Leistung auch mehr Lohn und andere Behandlung fordern wird, dann hat die Interessengemeinschaft ein Ende.

Nicht einmal bei dem Arbeitsnachweis hat sie sich bewährt. Obwohl viele Hausfrauen dem Verein beitraten, um das Recht auf kostenlose Vermittelung zu erlangen, sahen sie sich in ihren Erwartungen getäuscht, denn die Mädchen, selbst die Vereinsmitglieder, benutzten den Nachweis nur ungern und in wenigen Fällen. Die Hausfrauen verlangten nach keiner weiteren Interessengemeinschaft und traten in großer Anzahl aus. Die, welche blieben, thaten es, nicht weil, sondern obwohl sie Hausfrauen waren.

Die Leitung eines großen Vereines erfordert eine beträchtliche Arbeitsleistung, für welche auch die begabtesten Dienstmädchen weder Zeit noch Schulung

haben. Sie bedürfen unbedingt der Hilfe aus bürgerlichen Kreisen, wenn sie eine rege und lebhaft Agitation halten wollen. Am wirksamsten unter den zu Gebote stehenden Mitteln sind laute, öffentliche Beschwerden und Klagen, die alsbald zu wichtigen Anklagen werden gegen die veraltete Gesindeordnung, welche Beschimpfungen des Gesindes gestattet und auch der wohlgezielten Ohrfeige nicht wehrt, — gegen das Dienstbuch, welches das Mädchen oft unverdienterweise mit einem Matel befasst und es auch bestenfalls unter steter Polizeiaufsicht hält, gegen alle Mißbräuche und alle alten verhassten Gewohnheiten. Man leuchte nur tapfer in die Finsterniß hinein, damit die Steine des Anstoßes aus dem Wege geräumt werden.

Dem Zusammenschluß der beiden Vereine zu einem einzigen, doppelt kräftigen, steht die Weigerung des „Hilfsvereins“ entgegen, andere Mitglieder aufzunehmen, als Kolleginnen. Es ist im Grunde ein mehr formaler, als prinzipieller Gegensatz, denn der gemischte Verein geht entschiedener und agitatorischer vor, als der grundsätzliche Gewerbeverein. Welchem von beiden die Befestigung der alten Uebel gelingen wird? Und wann?

Erst dann ist Raum vorhanden für ein freies Gewerkschaftsleben und Licht genug, um zu sehen, daß der ganze häusliche Dienst, wie er heute besteht, in unsere Zeit nicht paßt. Sie braucht und verlangt wohl Arbeit jeder Art, aber sie verwirft die persönliche Dienstbarkeit. Die Hausgemeinschaft von Herrn und Diener ist aber gerade auf diese Dienstbarkeit gegründet. Eine kräftige Gewerkschaft müßte unbedingt eine geordnete Arbeitszeit und einen passenden Schlafraum für jeden Dienenden verlangen; die Folge wäre ein beträchtlicher Rückgang der Dienststellen.

Hier hätten wir dann den ersten naturgemäßen Fortschritt, wie er sich ruhig im Zeichen der Organisation vollzieht. Die schlechtesten Stellen werden schrittweise abgestoßen, weil sich Niemand mehr findet, der für geringen Lohn übermäßige Arbeit leistet. Die Dienenden werden zur Wahrung ihrer Würde, zur Weigerung gegenüber ungehöriger Zumuthungen herangebildet.

Vor einigen Jahren befürchteten die Hausfrauen bei dem wachsenden Dienstbotenmangel ohne Hilfe zu bleiben; eine Steigerung des Lohnes und eine bessere Behandlung auf der ganzen Linie war die erfreulichste Folge dieses unbewußten und ungewollten Streiks. Auch verzichteten damals schon viele Frauen auf die fernere Haltung von Dienstboten. Eine gut geleitete und kräftige Organisation kann denselben Weg bewußt einschlagen und zuletzt der Hausgemeinschaft geradezu den Krieg erklären. Sie wird für die Hausgehilfin wie für andere gewerbliche Arbeiterinnen eine Tagesarbeit festsetzen, welche ihr gestattet, nach Feierabend in ihr Heim zurückzukehren.

Eine richtige gewerkschaftliche Organisation kann nicht ihre Macht dazu gebrauchen, Ueberlebtes zu stützen. Sie giebt den Mitgliedern des betreffenden Gewerbes die Kraft, die Mittel und die Ausdauer, welche neue Bahnen ebnen und beschreiten lassen. Die Hausgehilfen kann sie zum einem selbstständigen Dasein führen und zugleich den Einzelhaushalt zur Wirtschaftsgenossenschaft umgestalten. Die gegenwärtige überlebte Form der sogenannten Häuslichkeit verschwendet eine Fülle von Zeit, Geld und Arbeitskraft auf Herstellung der häuslichen Suppe und des häuslichen Bratens oder der häuslichen Kartoffeln, welche wahrlich besser verwendet werden könnte. Im Großen köcht es sich besser, billiger und schmackhafter; der Fortfall der Küche macht die Einzelwohnung billiger und angenehmer. Die häusliche Reinigung läßt sich von geschulten, gewerblichen Hausgehilfen

rascher und besser herstellen, als von der Hausflavin, die sich für ihre untergeordnete Stellung durch einen heimlichen Krieg gegen die Herrin zu rächen trachtet.

Den Dienenden die Befreiung aus diesen altüberlieferten drückenden Zuständen zu bringen, wäre eine würdige Aufgabe für die Dienenden selbst; wenigstens für die Aufgeklärten unter ihnen. Die Einsicht nimmt zu, daß ein Mensch dem anderen nur seine Arbeitskraft, nicht sich selbst vermieten darf, nur soweit auch, als er es kann, ohne sich zu schaden. Für guten Lohn, gute Arbeit!

In Preußen legt die Gesindeordnung mit ihren vorintuitivlichen Verböten der Organisation große Schwierigkeiten in den Weg. Deshalb sollte in einer deutschen Stadt mit zeitgemäßen Einrichtungen ein Versuch gemacht werden. Aus dem Erfolge oder Mißerfolge ließen sich am besten erkennen, ob die Schwierigkeit in dem Widerstand der Verhältnisse liegt oder in der Rückständigkeit der Mädchen selbst, die dann energisch bekämpft werden müßte. Jedes Mittel heiße man willkommen, welches diese so zahlreichen Kinder des Volkes, Mütter der kommenden Generation, aus ihrer dumpfen Gleichgültigkeit aufjacket und ihnen den Trieb einpflanzt, aus dem Stande der persönlichen Dienstbarkeit zu der höheren Stufe freier organisierter Arbeiter emporzusteigen.

Berlin.

Marie Hofmann.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Der badische Fabrikinspektionsbericht für 1901

ist, anstatt in der Reichsdruckerei, wieder in Karlsruhe bei Ferd. Thiergarten hergestellt worden, woraus ersichtlich, daß die Zentralisations- und Zensurbestrebungen Posadowski's in die Brüche gegangen sind. Es war ein kleines Stück Geschichte für die badische Inspektion, diese Berliner Vormundschaft, und nicht die beste ihres Wirkens, und wer der Vereinheitlichung nicht jeden Fortschritt opfern will, der wird froh sein, daß sie vorbei ist. Der neueste Bericht Wörrißhofer's sticht denn auch angenehm gegen den vorjährigen ab; es durchweht ihn eine kritische Frische, die durch die Kürze des Ausdruckes eher gewinnt als verliert und die ihn schon literarisch zu einem Genuß macht. Der sonst so spröde schematische Stoff ist meisterhaft behandelt; der Bericht liest sich wie ein mit treffenden Folentilen ausgestatteter Vortrag; die Rücksichtslosigkeit, mit der die Sünden der Unternehmer gezeigelt werden, läßt es verschmerzen, daß hier und da auch einmal ein Stieb, und meist berechtigter Weise, auf solche Arbeiter fällt, die dem Arbeiterschutz nur geringes Verständnis entgegenbringen. Und wer mit Energie für die Durchführung des Arbeiterschutzes eintritt, der kann, wie wir aus eigener Erfahrung wissen, solcher Kritik nicht entzihen.

Eingeleitet wird der Bericht mit einem sehr befriedigten Urtheil über die Wirksamkeit der weiblichen Fabrikinspektion. Fränlein v. Nicht-hofen hebt die auf sie gesetzten Erwartungen auch in der Praxis vollkommen gerechtfertigt, sowohl im Verkehr mit Arbeiterinnen, in Vorträgen usw., als auch in der Ueberwachung der Betriebe. Ihre Art, zu reden, habe sogleich die Arbeiterinnen gewonnen und ihre Vorträge wurden als gutes Mittel bezeichnet, der Fabrikinspektion das zu ihrer Thätigkeit nöthige Vertrauen zu erwerben. Diese Erfahrungen möge man sich besonders in Dresden hinter die Ohren schreiben und daraus lernen, wie eine weibliche Fabrikaufsicht beschaffen sein muß, um erfolgreich zu wirken.

Die Beamtin hatte auch ein ausreichend großes Thätigkeitsfeld zu bearbeiten; nicht weniger als 58 477 Arbeiterinnen, davon 50 815 Erwachsene in 2087 Anlagen, unterstanden der Inspektion und der Mißstände gab es so viele abzustellen, daß eine eifrige Beamtin ihr reichliches Theil Arbeit hat. Da wird den Arbeiterinnen eine ihrer Konstitution wenig zuträglich Beschäftigung zugemuthet, (so in Kunstwollefabriken das Tragen schwerer Ballen), dort wieder fehlt es an zweckmäßiger Sitzgelegenheit oder die Umkleide- und Aufenthaltsräume entsprechen nicht den hygienischen und sittlichen Voraussetzungen, und nicht selten werden den Arbeiterinnen unsittliche Zumuthungen gestellt, daß sie mit der Arbeitskraft auch ihren Körper zum Opfer bringen sollen. Der Wöchnerinnenschutz, schon an sich unzureichend, wird häufig nicht beachtet; das Stadium der Krankenfassenlisten zeigt die daraus entspringenden gesundheitschädlichen Einflüsse. Und so findet ein offener Blick für die Nachteile der Fabrikarbeit überall Mängel, wo es zu kritisieren und zu helfen giebt. Freilich gehört dazu ein Auffuchen der Mißstände. Eine Dame, die sich zu Hause behaglich auf ihr Stänapee setzt und darauf wartet, daß ihr die Arbeiterinnen die Beschwerden zutragen, diskreditiert höchstens die Fabrikinspektion, indem sie diese zur Farce herabwürdigt.

Der Verkehr mit den Arbeiterinnen läßt jedoch noch immer zu wünschen übrig, weil es den Arbeiterinnen noch an Interesse für Dinge fehle, die außerhalb ihres persönlichen Gesichtskreises liegen, und auch an Energie, um ihre Scheu zu überwinden. Solche Schwierigkeiten seien umsomehr vorhanden, als im Lande von einer Organisation der Arbeiterinnen kaum die Rede sein könne. Dieser Mangel sei zu bedauern; es gehe dadurch ein werthvolles erzieherisches Moment verloren. Man wird wenige Fabrikinspektionsberichte in Deutschland finden, in denen der Werth der Organisation so rückhaltlos anerkannt wird.

An das Kapitel der weiblichen Inspektion schließt sich eine kurze Erörterung von Vorfällen an, in denen Arbeiter wegen ihres Verkehrs mit der Inspektion von ihren Unternehmern gemahregelt wurden. Besonders war es ein in diesem Jahre ereigneter Fall, an den sich scharfe Polemiken der Arbeiterpresse knüpften. Die Schuld daran trug freilich nicht die Fabrikinspektion, sondern deren vorgelegte Behörde, das Ministerium des Innern, und es diente den Geschädigten weder zur Genugthuung, noch für die Arbeiterschaft zur Befestigung des Vertrauens, daß die Fabrikinspektion an der Preisgabe des Namens von Beschwerdeführern schuldlos war. Dr. Wörriehofer besitzt indeß so viel ehrlichen Muth, einer Erörterung solcher Vorkommnisse nicht auszuweichen, sondern direkt sein Bedauern über dieselben auszusprechen, sowohl hinsichtlich der Nachteile für die Arbeiter, als auch wegen der Erschwerung der Inspektion. Wir geben gerne zu, daß es nicht immer möglich sein wird, den Entbecker von Betriebsmißständen vor jeder Rache des Fabrikherrn zu schützen und daß erst die kraftvolle Entwidlung der Gewerkschaften den Unternehmern Respekt vor den gesetzlichen Rechten ihrer Arbeiter einflößen wird. Aber man darf billig verlangen, daß eine Regierung dem Unternehmer nicht direkt Gelegenheit bietet, einen Arbeiter auf's Pflaster zu werfen.

Der Bericht konstatiert weiter den lebhaften Verkehr mit der Arbeiterschaft, der durch die Arbeitersekretariate zu Mannheim und Pforzheim gefördert wurde, und bedauert die Aufhebung des Pforzheimer Sekretariats, veranlaßt durch die gewerkschaft-

liche Indifferenz der dortigen Arbeiterschaft, die von der Thätigkeit desselben zwar reichlich Nutzen zog, ihm aber jede materielle Unterstützung versagte. Dem Mannheimer Arbeitersekretär Kabenstein wird eine besonders gewissenhafte Vorprüfung der Arbeiterbeschwerden und großes technisches Verständniß nachgerühmt.

Die Arbeitgeber betrachten freilich diesen Verkehr der Inspektion mit Vertrauensmännern der Arbeiter mit starkem Mißtrauen, und nicht bloß wurde dieser Verkehr im Pforzheimer Fall als einseitige Förderung einer Partei denunziert, sondern sie beschuldigten die Inspektion auch der Förderung der Begehrlichkeit der Arbeiter und sammelten Material gegen dieselbe. Der Bericht bemerkt indeß, daß dieses Bestreben anscheinend ohne Erfolg geblieben sei, und zwar, fügt er sarkastisch hinzu, wohl deshalb, weil man vielleicht dabei erkannt habe, daß nur solche Unternehmer Grund zu Mißtrauen haben, die ein Bekanntwerden von Mißständen in ihren Betrieben zu befürchten haben.

Hinsichtlich der Arbeiterorganisationen will die Fabrikinspektion ein besseres Zusammenwirken der verschiedenen Organisationsrichtungen bei gemeinsamen praktischen Aufgaben bemerkt haben, so in Bezug auf die Linderung der Folgen der Wirtschaftskrisis, wobei es zur Einsetzung paritätischer Kommissionen kam und Maßregeln vorgeschlagen wurden, die in jeder Beziehung durchführbar wären. „Mit Recht wurde gewünscht, daß Erhebungen über Arbeitsverhältnisse dauernd und regelmäßig vom Staate gepflogen werden, und im Zusammenhang damit der Wunsch nach einer geordneten Vertretung der Arbeiterschaft durch Einführung von Arbeiterkammern zum Ausdruck gebracht.“

Erfreulich ist die Wiedereinführung der ziemlich umfangreichen Berichterstattung über Ausfälle und Aussperrungen, die hinsichtlich ihrer Objektivität musterhaft zu nennen ist.

Aus dem sonstigen reichen Thatfachenmaterial des Berichts können wir nur wenige der interessantesten Beispiele hervorheben. Scharf pointiert ist die Kritik, die an dem Lehrlingswesen in der Pforzheimer Bijouterie geübt wird; die letztere hat mehr und mehr ihren früheren Charakter als Kunsthandwerk eingebüßt und ist zur mechanischen Großindustrie geworden, in der der Lehrling gerade so gut zum Theilarbeiter wird, wie in einer Zigarrenfabrik.

Die Arbeitszeitverkürzung führte zu den bekannten Erfahrungen vermehrter Arbeitsleistung in einer chemischen Fabrik in Durlach. Der gegen Uhrenarbeiter in St. Georgen im Vorjahre erhobene Vorwurf, daß sie sich gegen Arbeitszeitverkürzung aufgelehnt hätten, hat sich als unbegründete Behauptung mehrerer Uhrenindustrieller erwiesen und wird hinsichtlich der Arbeiter ausdrücklich das Gegentheil festgestellt.

Die Zahl der Unfälle ist von 4138 im Vorjahre auf 3698 zurückgegangen, ein Erfolg weniger der besseren Arbeiterschutzrichtungen, als vielmehr der rückläufigen Wirtschaftskonjunktur. „Zahlreiche Vorkommnisse beweisen, wie weit man noch von dem Punkte entfernt ist, die Zahl der Unfälle auf ein gewisses unvermeidliches Minimum beschränkt zu sehen.“ Gegenüber der vielfachen Zurückführung der Unfallverschuldung auf die Gleichgültigkeit und den Mangel an Vorsicht der Arbeiter, bemerkt der Bericht, daß dabei übersehen werde, daß auch in solchen Fällen der Arbeitgeber nicht von aller Schuld freigesprochen werden könne, weil er nichts dazu thut, um diese Eigenschaften der Arbeiter zu bekämpfen.

Auf dem Gebiete der Gesundheitspflege schildert der Bericht einige in chemischen Fabriken beobachtete Chlorerkrankungen, ferner erbringt er neues Material hinsichtlich der Ungesundheit der Milchbrandverhütung.

In wirtschaftlicher Beziehung endlich wird konstatiert, daß an der in der zweiten Jahreshälfte in vielen Industrien bemerkten Tendenz der Lohnsteigerung die Textil-, Cigarren- und Uhrenarbeiter keinen Antheil hatten, daß der wirtschaftliche Rückschlag am fühlbarsten die Eisen- und Baugewerbe traf, wo Arbeitslosigkeit, verminderte Beschäftigungsdauer und Lohnreduktionen zusammen mit wiederholten Lohnherabsetzungen um 25 bis 30 pZt. wiederholt festgestellt wurden. Mitunter wurden die Lohnreduktionen durch Wechsel des Lohnsystems verdeckt. Die Buchdrucker werden als einziges Beispiel bezeichnet dafür, daß eine Gruppe bei wirtschaftlicher Depression sich in der einmütigen Position zu halten vermag. Sie haben dies natürlich ihrer starken Organisation zu danken. Die Konsumvereine sind in erfreulicher Zunahme begriffen. Die Unmittelbarkeit ihres Erfolges bringe den Gedanken der Verbesserung der Lebenshaltung durch Zusammenschluß auch solchen Arbeitern nahe, die den gewerkschaftlichen Zielen fernere stehen. Schließlich werden die Wohnungsverhältnisse und die Zweifelhafte gewisser Wohlfahrtsanstalten erörtert, wobei deren geringe Werthschätzung seitens der Arbeiter konstatiert und als Zeichen der veränderten Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber erachtet wird.

Der statistische Theil des Berichts ist diesmal durch eine Lohnstatistik über Kartonnage- und über Brauereiarbeiter bereichert worden.

Das Studium dieses interessanten Berichtes kann allen Gewerkschaftsangehörigen nicht dringend genug empfohlen werden; er bildet einen Leitfaden für die Mitarbeit der Arbeiter bei der Durchführung des Arbeiterschutzes. Es wäre zu wünschen, daß die badiische Regierung allen Gewerkschaften ihres Landes je ein Freiegemälde unentgeltlich überläßt, wie dies seitens der württembergischen Regierung in anerkannter werthvoller Weise geschehen ist. Die Gewerkschaften und Kartelle mögen mit entsprechenden Wünschen an sie herantreten und sie zu einer Stellungnahme veranlassen.

Zur Erweiterung des Arbeiterschutzes in Deutschland.

Der deutsche Bundesrath hat am 10. d. M. einem Gesetzentwurf über die Regelung der Kinderarbeit seine Zustimmung ertheilt, so daß Aussicht vorhanden ist, denselben noch in der gegenwärtigen Reichstagsession unter Fach zu bringen. Den Wortlaut des Entwurfs, im „Reichsanzeiger“ publiziert, geben wir in der folgenden Nummer bekannt; für heute genüge eine kurze Skizzierung seines Inhalts. Der in Aussicht genommene Arbeiterschutz ist außerst dürftig; er erstreckt sich nur auf Dienstleistungen gewerblicher Art, läßt aber die Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft, im Gartenbau, in häuslichen Diensten völlig und in der Hausindustrie fast unbeschränkt. Hinsichtlich der letzteren unterscheidet der Entwurf derart zwischen der Beschäftigung eigener und fremder Kinder, daß die familiäre Anspannung der Kinderhände nach wie vor zu Recht bestehen kann. Nur die gesundheitschädlichen Hausindustrien werden von dem Entwurf berührt. Im Allgemeinen enthält der letztere folgende Bestimmungen:

I. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter zehn Jahren: beim Aus-

tragen von Waaren und bei Botengängen. Ausnahmen: Das Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaaren durch eigene Kinder, aber nicht im Dienste Dritter.

II. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren: in Handels- und Verkehrsgewerben, in allen sonstigen gewerblichen Betrieben, in Gast- und Schankwirtschaften, bei theatralischen Vorstellungen und bei öffentlichen Schaulustellungen. Ausnahmen: Für eigene Kinder im Handelsgewerbe vom zehnten Jahre ab, in allen sonstigen Gewerben, Gast- und Schankwirtschaften ohne Einschränkung. Für Gast- und Schankwirtschaften können jedoch polizeiliche Einschränkungen erlassen werden. Für Schaulustellungen, bei denen künstlerisches Interesse obwaltet.

III. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren und schulpflichtiger Kinder: im Paugewerbe, in gesundheitsgefährlichen Gewerben, über die ein Verzeichniß geführt wird, sowie in motorischen und maschinellen Betrieben. Hiervon gelten auch für eigene Kinder keine Ausnahmen.

IV. Beschränkung der Arbeitsdauer: Die zugelassene Beschäftigung darf nicht in der Zeit von 8 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens stattfinden (Nachtarbeitsverbot) und täglich drei Stunden, während der Schulferien vier Stunden, nicht übersteigen. Ausnahmen: Für Kinder unter zwölf Jahren beim Austragen von Waaren ist vierstündige Beschäftigung auch außer der Ferien zulässig. Während der ersten fünf Jahre des Gesetzes kann die Beschäftigung schon früh 6½ Uhr, doch nicht länger als eine Stunde vor dem Frühunterricht, zugelassen werden.

V. Sonntagsarbeit ist nur für das Austragen von Waaren während zweier Stunden, aber nur bis 1 Uhr Mittags gestattet. Ausnahmen: Für eigene Kinder unbeschränkt.

Ferner werden die Anzeigepflicht der Arbeitgeber fremder Kinder und die Führung von Arbeitskarten, ausgenommen bei gelegentlichen Dienstleistungen, geregelt. Den Schluß bilden Strafbestimmungen.

Wir bezweifeln, daß der hier skizzierte, dürftige Inhalt des Entwurfs irgend welche heilsame Wirkung auf die Kinderausbeutung ausüben wird, und werden diese Zweifel in einem ausführlicheren Aufsatz eingehend begründen.

Kommunale Arbeitslosigkeitsaktionen. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeitsperiode hat nun doch einige Stadtverwaltungen zu Maßnahmen gedrängt, die der Untersuchung der Arbeitslosigkeitsverhältnisse dienen sollen. Ueber die amtlichen Arbeitslosenzählungen von Löbtau bei Dresden und Stuttgart haben wir bereits früher berichtet. Nunmehr hat sich auch der Dresdener Magistrat bereit erklärt, von jetzt ab regelmäßig am Jahreschluß in Dresden und in den einzubezirkenden Vororten sowie in den Vororten Plauen und Blasewitz auf Grund der Einkommensteuerlisten eine Statistik über die Arbeitslosen aufstellen zu lassen und hierzu für das laufende Jahr M. 600 zu bewilligen. Begründet wird diese Forderung mit der Erwägung, daß der Umfang von Nothstandsarbeiten nur richtig bemessen werden könne, wenn man zuverlässige Zahlen über den Grad der Arbeitslosigkeit besitze.

Der Stuttgarter Gemeinderath hat dagegen eine ständige Kommission zur Beobachtung der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Diese zwar winzigen, aber bei der allgemeinen Zurückhaltung der Gemeinden immerhin beachtenswerthen Fortschritte sind nur dem energischen und opferfreudigen Vorgehen der Gewerkschaftskartelle

und dem thatkräftigen Wirken der Arbeitervertreter in den Gemeinden zu danken, und der Erfolg derselben wird die anderen Kartelle und Arbeitervertretungen anspornen, in der gleichen Richtung unablässig weiter zu wirken.

Statistik und Volkswirtschaft.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes

für das Jahr 1901 wird in der Aprilnummer der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ veröffentlicht. Er erstreckt sich auf das Gebiet der Unfall- und Invalidenversicherung und enthält bereits die neueren Ziffern der Versicherten, gemeldeten und entschädigten Unfälle, Rentengewährungen für 1901, welche die in Nr. 9 und 10 des „Korrespondenzblattes“ behandelten Ergebnisse für 1900 ergänzen und bis zum Erscheinen der Jahresstatistiken vielen willkommenes Material bieten dürften. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung gab es darnach im Jahre 1901 in 113 Berufsgenossenschaften 5 189 829 versicherte Betriebe und 18 117 965 versicherte Personen; außerdem waren bei 482 Ausführungsbehörden 774 926 Personen versichert. Zur Anmeldung gelangten 476 446 Unfälle (1900 nur 454 341), von denen 117 136 erstmalig entschädigt wurden. Im Berichtsjahre erhielten Entschädigungen: 585 596 Verletzte, 53 481 Wittven Getödteter, 87 035 Kinder Getödteter und 3147 Azendenten, ferner 12 128 Ehefrauen, 26 612 Kinder und 256 Azendenten von Verletzten, die in Heilstätten untergebracht wurden, zusammen also 768 255 Personen.

Im Berichtsjahre wurden 298 983 berufungsfähige Bescheide auf Grund der Unfallversicherungsgesetze erlassen, während bei den Schiedsgerichten 50 502 Berufungen und Anträge auf anderweitige Entschädigungen anhängig gemacht wurden. Auf je 100 Bescheide entfielen 16,89 Berufungen, 86,94 pZt. der Berufungen wurden durch Urtheil, 5,83 pZt. durch Zurücknahme, 2,77 pZt. durch Vergleich erledigt. Von den durch Urtheil erledigten Berufungen führten nur 28,28 pZt. zu völliger oder theilweiser Abänderung des angefochtenen Bescheides.

Die Zahl der beim Reichsversicherungsamt anhängig gemachten Rekurse betrug 12 419 (von je 100 rekursfähigen Entschieden 31,21) wozu noch 4125 aus den Vorjahren kamen; außerdem gelangten 319 Anträge auf Feststellung des Versicherungsträgers an das Reichsversicherungsamt. Der Rekurs wurde natürlich häufiger von Versicherten als von Berufsgenossenschaften eingelegt. In 3232 Fällen erachtete das Reichsversicherungsamt weitere Beweiserhebungen als notwendig. In 808 Sitzungen fanden 12 385 mündliche Verhandlungen statt, in denen auch über 130 der genannten Anträge berathen wurde. Dabei erschienen in 2171 Fällen die Verletzten persönlich, während sie in 200 Fällen ein Rechtsanwalt und in 482 Fällen ein anderer Vertreter vertrat; die Mehrzahl der Fälle (7605 = 58,2 pZt.) wurde ohne Vertretung der Verletzten geführt. Von den Rekursen wurden 525 als unzulässig und 108 als offenbar ungerechtfertigt zurückgewiesen, 10 258 durch Urtheil erledigt und 613 zurückgenommen bzw. durch Vergleich erledigt, insgesammt 11 507 Rekurse, während 5037 unerledigt blieben (1900 nur 1474 unerledigte Rekurse). Von den durch Urtheil erledigten Rekursen wurde in 6890 Fällen das angefochtene Schiedsgerichtsurtheil bestätigt und in 3368 Fällen abgeändert.

Außerdem wurden 666 Gefahrentarif-, Umlage-,

Prämien- und Abschätzungsbeschwerden und 5511 sonstige Beschwerden aller Art verhandelt.

Entsprechend den Vorschriften der neuen Unfallversicherungsgesetze auf dem Gebiete der Unfallverhütung haben zahlreiche Berufsgenossenschaften eine Revision ihrer Unfallverhütungsvorschriften vorgenommen. Für die gewerblichen Berufsgenossenschaften sind im Berichtsjahre 17 derartig geänderte Unfallverhütungsvorschriften bereits genehmigt, während für 29 weitere Genossenschaften das Verfahren noch schwebt.

Im Ganzen haben von den ausschließlich dem Reichsversicherungsamt unterstellten 60 gewerblichen Berufsgenossenschaften nunmehr 57 Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften erlassen.

Auch von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben sich mehrere mit dem Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften beschäftigt.

Die Beachtung der für die Unfallverhütung erlassenen Vorschriften seitens der Betriebsunternehmer und Arbeiter lassen 147 gewerbliche Berufsgenossenschaften durch 122 technische Aufsichtsbeamte überwachen. Eine Vermehrung dieser Beamten steht demnächst zu erwarten.

An statistischen Arbeiten ist im Berichtsjahre zunächst die Gewerbe-Unfallstatistik für das Jahr 1897 beendet worden. Weitere statistische Arbeiten sind in Vorbereitung, insbesondere eine Unfallstatistik für die Land- und Forstwirtschaft.

Ebenso zwang das neue Unfallversicherungsgesetz alle Berufsgenossenschaften zur Neubearbeitung ihrer Statuten, wobei ihnen das Reichsversicherungsamt mit der Ausarbeitung eines Musterstatuts an die Hand ging.

Für die Unfallversicherung im Kleinbetriebe der Seeschiffahrt sowie in der See- und Küstenfischerei (§ 152 flg. des See-Unfallversicherungsgesetzes) ist eine Versicherungsanstalt errichtet. Die Genehmigung zur Uebernahme der Invalidenversicherung durch die See-Berufsgenossenschaft (§ 11 flg. des Invalidenversicherungsgesetzes) ist noch nicht erteilt worden.

Die durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz neu versicherten Betriebe sind nach Anhörung des Reichsversicherungsamtes durch Bundesrathsbefehl, bis auf die Schmiedebetriebe, den bereits bestehenden Genossenschaften zugetheilt. Für die letzteren ist die Schmiede-Berufsgenossenschaft neu gebildet worden.

Von den übrigen Arbeiten des Reichsversicherungsamtes auf dem Gebiete der Unfallversicherung sind noch zu erwähnen die Prüfung und die Genehmigung der von den Berufsgenossenschaften auf Grund der neuen Unfallversicherungsgesetze zu erlassenden Dienstordnungen für die Beamten der Berufsgenossenschaften, der Erlaß einer Geschäftsanweisung, betreffend die Auszahlungen durch die Post, und von Vorschriften, betreffend die Zahlung von Renten an Ausländer, die Aufstellung von Bestimmungen über die Vertheilung von Schiedsgerichtskosten und die Ausarbeitung eines Entwurfes für die Tabellenformulare und für die Anleitung zur Aufstellung der Rechnungsergebnisse.

Vor Allem leitete das Reichsversicherungsamt die Neuwahlen für die nichtständigen Mitglieder und Stellvertreter, über deren Erfolg unsere Leser ja unterrichtet sind. Von Interesse dürfte die Mittheilung sein, daß die Wahl der nach § 113 bei der Berathung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften zuzuziehenden Arbeitervertreter, die von den Ausschüssen der Versicherungsanstalten gewählt werden, im laufenden Jahre stattfinden soll. — Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung beläuft sich die Zahl der anerkannten Rentenansprüche am 1. Januar

1902 (ausschließlich der durch Tod, Abgang usw. erledigten) auf 675 095, davon 486 945 Invaliden-, 8700 Kranken- und 179 450 Altersrenten. Die Gesamtzahl der Beitragserstattungen erreichte die Höhe von 907 735, davon 742 910 aus Anlaß von Heirath, 589 wegen Unfall und 164 236 wegen Todesfall. Im Jahre 1901 wurden etwa 134 Millionen Mark an Beiträgen vereinnahmt und 95 Millionen Mark an Renten usw. verausgabt, davon 62,5 Millionen Mark für Invaliden-, 1,2 Millionen Mark für Kranken- und 24,5 Millionen Mark für Altersrenten sowie 6,7 Millionen Mark für Beitragserstattungen.

Von 373 479 berufsfähigen Bescheiden der Versicherungsanstalten wurden 18 213 im Berufungswege angefochten. Von diesen Berufungen wurden 78 pZt. durch Urtheil, 9,8 pZt. durch Zurücknahme, 4,3 pZt. durch Anerkennung, 1 pZt. durch Zurückweisung, der Rest auf andere Weise erledigt. Bei den durch Urtheil erledigten Berufungen gelangten die Schiedsgerichte nur in 19,2 pZt. der Fälle (1900 = 22,7 pZt.) zu einer Abänderung der angefochtenen Bescheide.

Zur Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes gelangten 3173 anhängig gemachte Revisionen, während die Zahl der vom Reichsversicherungsamt bearbeiteten Revisionen 3924 betrug. Von letzteren betrafen 3513 Invaliden- und 411 Altersrenten. Von den Revisionen wurden 2510 (89,2 pZt.) durch Urtheil und 303 anderweitig erledigt, zusammen 2813, davon 2472 Invaliden- und 341 Altersrenten, und zwar 2477 Revisionen von Versicherten und 336 von Versicherungsanstalten, 7953 Revisionen blieben unerledigt. Der Ausgang der durch Urtheil erledigten Revisionen war in 1872 Fällen eine Bestätigung und in 116 Fällen eine Abänderung des angefochtenen Urtheils, während in 522 Fällen Zurückweisung an das Schiedsgericht oder den Vorstand der Anstalt eintrat. Den Revisionen der Versicherten war nur in 1,59 pZt. der Fälle ein abändernder und in 19 pZt. ein zurückweisender Entscheid zu Theil, den Revisionen der Versicherungsanstalten dagegen in 25,8 pZt. bzw. 33,14 pZt. der Fälle.

Vielfach hatte das Reichsversicherungsamt auch Anträge der Vorstände der Anstalten über Streitfälle bezüglich der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung bestimmter Personen zu entscheiden.

Der Geschäftsbericht enthält ferner eine Zusammenstellung der bis zum 31. Dezember 1901 zu gemeinnützigen Zwecken verliehenen Summen aus dem Vermögen der Versicherungsanstalten:

- | | | |
|--|----|-------------|
| 1. Für den Bau von Arbeiterwohnungen..... | M. | 87 529 567 |
| 2. Zur Vertheidigung des landwirthschaftlichen Kreditbedürfnisses.... | " | 64 588 410 |
| 3. Für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern usw. sowie für andere Wohlfahrtseinrichtungen.. | " | 108 237 388 |
| Zusammen.... | M. | 260 355 365 |

Für die Errichtung eigener Kranken-, Genesungs-, Invalidenhäuser usw. hatten die Anstalten bis zum Schlusse des Berichtsjahres M 17 579 239 verausgabt.

In den „Amtlichen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamtes wurden aus dem Gebiete der Unfallversicherung 66 Refurcentscheidungen und Verwaltungsbescheide, aus dem Gebiete der Invalidenversicherung 84 Revisionsentscheidungen, Entscheidungen aus § 155 des Invalidenversicherungsgesetzes und Verwaltungsbescheide veröffentlicht. Vergütliche Gutachten gelangten mit Zustimmung der Verfasser lieben zum Abdruck.

Bei der Rechnungsstelle des Reichsversicherungsamtes gingen im Berichtsjahr über zugegangene Renten 150 079 Zählkarten ein, von denen 1728 wegen ungenügender Angaben beanstandet werden mußten.

Die gesammte Geschäftsführung wurde durch das Reichsversicherungsamt bei neun Versicherungsanstalten geprüft und zum Theil auch hiermit eine Besichtigung der zugehörigen besonderen Anstalten, insbesondere der Lungenheilstätten, verbunden.

Soziales.

Ausländische Arbeiter und Sachseingänger.

Zwei kurze Mittheilungen beleuchten die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes mit grellem Streiflicht. In Konstanz hat bereits die Einschiffung Tausender italienischer Arbeiter nach Deutschland begonnen. Das „Badische Korrespondenzbureau“ berichtet bereits über mehr als 20 000. Und als Pendant weiß die „Katto-wiser Ztg.“ zu berichten, daß an einem einzigen Tage 20 000 Sachseingänger, meist Galizier, aus dem dortigen Eisenbahndirektionsbezirk nach dem Reichsinnern befördert wurden. Angesichts der alljährlichen Erfahrungen und der Nothstände in jener Gebieten, aus denen der Zustrom dieser Arbeitskräfte kommt, sind diese Zahlen nicht ohne Weiteres als übertrieben zu bezeichnen. Das gewissenlose Treiben dieses Menschenhandels bedürfte einer energischen Ueberwachung.

Aus der Arbeiterbewegung.

Aus deutschen Gewerkschaften.

Der Zentralverband der Civilmusiker giebt seit dem 15. April ein monatlich erscheinendes obligatorisches Verbandsorgan, „Der Civilmusiker“ heraus, das vom Verbandsvorsitzenden Fauth redigiert wird. Wir hoffen, daß sich das neue Fachblatt bei Freund und Feind als geachteter Vorkämpfer der Musikerinteressen, als unentbehrlicher Rathgeber seiner Kollegenschaft und als treuer Mitkämpfer der allgemeinen Arbeitersache bewähren wird. —

Die monatliche Arbeitslosenzählung im Verband der Töpfer ergab für den Monat März in 105 Orten 1024 arbeitslose Ofenseher, 38 Werkstubenarbeiter und 3 Scheibentöpfer. Offene Stellen waren für 130 Ofenseher, 24 Werkstubenarbeiter und einen Scheibentöpfer vorhanden.

Gegen den Monat Februar ist bei den Ofensehern eine Abnahme von 730, bei den Werkstubenarbeitern ein Mehr von 12 und bei den Scheibentöpfern ein Weniger von 1 zu verzeichnen. 39 Orte haben keine Statistik eingefandt.

Aus den ausländischen Gewerkschaften.

Oesterreich. Die Wiener Handlungsgehülfen haben endlich nach langjährigem Kampfe in den Genossenschaftswahlen dem christlich-sozialen Regiment Azmann, das sich vier Jahre lang statutenwidrig behauptete, den Todesstoß verseht. Mit 5623 gegen 4282 Stimmen haben sie ihren sozialistischen Kandidaten zum Sieg verholfen. — Auch die sozialdemokratischen Schneider siegten mit ihrer Kandidatenliste.

Ungarn. Der neukonstituierte Gewerkschaftsrath fordert die Gewerkschaften auf, in allen Städten, wo sich mehrere Berufsvereine befinden, Kartelle zu gründen und Korrespondenten zu wählen, die die Verbindung mit dem Gewerkschaftsrath unterhalten.

Aus der spanischen Gewerkschaftsbewegung. Am 14. Mai d. J. und folgende Tage wird in Madrid

die 7. Generalversammlung der Union de Trabajadores tagen. Aus dem Bericht des Nationalcomités, der bereits in der Zeitschrift „La Unión Obrera“ erschienen ist, entnehmen wir folgende Notizen: Als nach dem 6. Verbandstage im Jahre 1899 das neue Nationalcomité sein Amt antrat, bestand die Vereinigung aus 65 Sektionen und 15 264 Mitgliedern; aber diese existierten nur auf dem Papier. Eine große Anzahl von Sektionen hatten nie etwas bezahlt, viele andere waren sehr rückständig mit ihren Beiträgen, so daß es notwendig erschien, eine gründliche Auswahl vorzunehmen. Dadurch wurde die Zahl der Sektionen auf 52 und die Mitgliederzahl auf 7644 reduziert.

Infolge des Aufschwunges und der Hilfe, welche allen Vereinigungen geleistet wurde, hat sich die Union in kurzer Zeit sehr entwickelt und zählt gegenwärtig wieder 226 Sektionen mit 32 778 Mitgliedern. Mit dem Zuwachs an Mitgliedern haben sich auch die Finanzverhältnisse allmählich günstiger gestaltet und sind heute, besonders gegenüber früheren Jahren, ziemlich glückliche, wie man aus folgender Abrechnung des Kassenberichts ersehen kann.

	Einnahme Pesetas	Ausgabe Pesetas
Vom alten Comité	441,77	739,50
Zweites Semester 1899	1475,74	672,80
Erstes „ 1900	3394,19	1688,77
Zweites „ 1900	2909,58	2837,19
Erstes „ 1901	3288,33	2314,05
Zweites „ 1901	2947,92	2351,18
	14457,53	10603,49

Kassenbestand Ende Dezember Pesetas 3854,49.

Von den Streiks hat das Nationalcomité nur zwei unterstützen können und zwar die der Schlosser und Färber in Valencia. Aber auch alle anderen Streiks, die nicht den statutarischen Unterstützungsvorschriften entsprachen, wurden, wenn auch nicht direkt unterstützt, so doch empfohlen. Die meisten der Streiks entstanden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen oder der willkürlichen und brutalen Tyrannei der Arbeitgeber entgegen zu treten.

Die Streikkasse zeigt folgende Abrechnung:

	Einnahme Pesetas	Ausgabe Pesetas
Vom alten Comité erhalten	232,—	—
Für andere Streiks gesammelt	1776,55	707,50
Für den Streik der Schlosser gesammelt	4723,05	4990,—
Für den Streik der Färber	—	216,—
An die Tramarbeiter in Madrid	—	250,—
An die Conserberos von Vigo	—	100,—
An den Textilarbeiterverband	—	100,—
An die Tagelöhner von Gijón }	—	100,—
An die Diamantarbeiter von Amsterdam	—	205,85
An die Bäcker von Madrid	—	25,—
	6721,60	6694,35

Kassenbestand . . . 37,25 Pesetas

Weiter erhob das Nationalcomité Protest gegen einen Gesetzesentwurf, betreffend die Streiks, welchen die Regierung den Cortes zur Berathung vorgelegt hatte, weil dieser Entwurf die Interessen und die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse und deren Gewerkschaften und sonstigen Organisationen gefährdete. Dieser Protest wurde von der großen Mehrheit der Arbeiterorganisationen Spaniens unterstützt und unterschrieben.

Frankreich. Das Confederal Comité der französischen Gewerkschaften (Confederation General du Travail) hat die obligatorische Einführung einer Gewerkschaftsmarke als Erkennungszeichen derjenigen

Gewerkschaften, die belebt sind vom Geiste der Emanzipation der Arbeiterklasse, und als Unterscheidungs mittel gegenüber den jetzt so zahlreich auftauchenden, aus streifbrecherischen Elementen zusammengesetzten sogenannten gelben Syndikaten beschlossen. Die Marke, die auf allen Publikationen, Zirkularen, Briefköpfen und Umschlägen und bei allen Appellationen an die Arbeiterolidarität zu führen ist, stellt einen von zwei Händen durchschnittenen Globus dar, umrahmt von zwei Ringen, deren äußerer die Inschrift „Confederation General du Travail“ und deren innerer die Worte „Bien être et liberté“ trägt.

Kongresse u. Generalversammlungen.

Sechste Generalversammlung des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Cassel, 29. und 30. März 1902.

An den Verhandlungen nehmen Theil 75 Delegierte, die 76 Orte vertreten. Ferner sind anwesend zwei Vertreter des Vorstandes, ein Mitglied des Ausschusses, der Redakteur und der Drucker des Fachorgans „Der Textilarbeiter“, sowie zwei Mitglieder der Preßkommission.

Als erster Punkt steht zur Berathung der Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses. Dem Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorliegt, ist zu entnehmen, daß der Verband in den letzten zwei Jahren einen Verlust von 12 420 Mitgliedern zu verzeichnen hat. Am Schluß des vierten Quartals 1898 hatte der Verband 42 160 Mitglieder in 238 Orten. Davon waren männliche Mitglieder 35 268 und weibliche 6892.

Am Schluß des vierten Quartals 1901 waren noch vorhanden 29 740 Mitglieder in 253 Orten. Davon waren männliche Mitglieder 25 452 und weibliche 4288.

Die Ursache des Rückganges wird nur zum kleinsten Theil auf die vor zwei Jahren erfolgte Erhöhung des Beitrages zurückgeführt. Den größten Theil der Schuld hieran trage der in der Textilindustrie herrschende schlechte Geschäftsgang. Doch sei auch die Zahl der Mitglieder geringer geworden, so habe der Verband selbst an innerer Festigkeit gewonnen und sei aktionsfähiger geworden. Auf der Generalversammlung im Jahre 1900 in Gößnitz hatte der Verband bei einer Mitgliederzahl von 42 160 einen Kassenbestand von nur M 7594,30, dem aber eine Schuldenlast von M 9300 gegenüberstand. Der Verband hatte also nicht nur keinen Pfennig Kassenbestand, sondern noch eine Schuld von M 1075,70. Unter solchen Finanzverhältnissen war es für den Verband außerordentlich schwer, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Bevor die durch die Erhöhung der Beiträge beabsichtigte Wirkung, der besseren Finanzierung des Verbandes eintrat, war der Vorstand gezwungen, an den verschiedenen Stellen noch weitere Darlehen aufzunehmen, so daß die Schuldenlast die Höhe von rund M 18 000 erreichte. Diese Schuld ist bis auf den letzten Pfennig zurückgezahlt worden. Gegenwärtig stehe der Verband nicht nur schuldenfrei da, sondern habe in der Hauptkasse noch einen Kassenbestand von M 78 696,27.

Der gedruckt vorliegende Kassenbericht bildet leider kein einheitliches Ganzes.

Der Bericht über Einnahmen und Ausgaben der Ortsverwaltungen umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1901, der der Hauptkasse vom 1. April 1900 bis 28. Februar 1902. Die Ausgaben für die Leistungen des Verbandes, Krankenunter-

früfung, Reiseunterstützung, Rechtsschutz usw., die in den Klassenbericht der Hauptkasse gehören, sind in dem der Ortsverwaltungen aufgeführt. In der Hauptkasse sind nur die Beträge als Einnahme gebucht worden, die aus den Filialen an baarem Geld abgeführt worden sind. Diese Art der Klassenführung und Berichtserstattung erschwert es ungemein, einen Einblick in die Gesamtleistungen zu gewinnen.

Die Gesamteinnahme des Verbandes zeigt der Klassenbericht der Ortsverwaltungen; darnach betrug dieselbe inkl. eines Klassenbestandes von M 30 093,74 am 1. Januar 1900 insgesammt M 625 436,58. Die Gesamtausgabe betrug M 590 826,28. Es befand sich demnach in den Ortsverwaltungen ein Klassenbestand von M 34 610,30.

Unter den Ausgaben befinden sich folgende Posten:

Für Krankenunterstützung	M. 38158,60
„ Reiseunterstützung	9981,29
„ Streikunterstützung	71578,36
„ Gemahregeltenunterstützung	39707,22
„ Rechtsschutz	2782,46
„ Agitation	28567,02
Sachliche Ausgaben	19628,40
Sonstige Ausgaben	43145,90
Verwaltung	55791,55
An die Hauptkasse eingekandt	281485,48

Die Hauptkasse hatte eine Gesamteinnahme von M 322 725,20, inklusive der aufgenommenen Darlehen im Betrage von M 9371,47 und eines Zuschusses zur Agitation von der Generalkommission von M 1000. Die Gesamtausgabe der Hauptkasse betrug M 235 648,25, es war demnach am 28. Februar d. J. ein Klassenbestand von M 87 076,95 vorhanden.

Aus den Ausgaben seien folgende Posten hervorgehoben:

Für das Fachorgan	M. 83852,50
Ausländische Gewerkschaftsblätter	1816,11
Streikunterstützung	80120,90
Streikunterstützung an andere Gewerkschaften	2266,—
Gemahregeltenunterstützung	13781,—
Rechtsschutz	380,15
Generalversammlung 1900	4214,30
Beiträge an die Generalkommission	7242,19
Zurückgezahlte Darlehen	16671,47
Druckfachen	6246,80
Gehälter	6760,—

Ueber 41 Streiks ist dem Vorstande Bericht erstattet worden; an diesen waren 8070 Personen beteiligt. Die Gesamtkosten dieser Streiks betragen M 192 894, davon wurden aus Mitteln der Organisation aufgebracht M 135 496. Das Resultat dieser Streiks war bei zwölf erfolgreich, zwölf theilweise erfolgreich und 17 erfolglos.

Von den 41 Streiks waren 18 Angriffs- und 23 Abwehrstreiks.

An den Angriffsstreiks waren 3595 Personen beteiligt. Die Dauer derselben betrug 525 Tage und verursachten sie eine Gesamtausgabe von M 102 097, davon waren aus Mitteln der Organisation M 79 898.

An den Abwehrstreiks waren 4475 Personen beteiligt. Die Dauer derselben betrug 493 Tage. An den Gesamtkosten von M 90 797 war die Organisation mit M 55 598 beteiligt. Eine ganze Anzahl Angriffsstreiks, die in der Regel in wenigen Tagen theils erfolgreich, theils theilweise erfolgreich beendet wurden, sind in der Statistik nicht mit aufgeführt.

Krankenunterstützung ist nach einer vorliegenden Statistik für die ersten drei Quartale 1901 an 3191 Mitglieder gewährt worden. Davon sind 2323 männliche und 868 weibliche Mitglieder.

Die Erkrankungsursachen der unterstützten Mitglieder sind folgende:

	Personen	Tage
Ohne Angabe der Krankheit	115	1967
Lungenkrank	563	14992
Herzkrank	59	1245
Unfallkrank	421	7628
Rheumatismus	391	7691
Magenkrank	193	3461
Nierenkrank	32	794
Influenza	279	3492
Rippenfelleuzündung	48	995
Halsskrank	157	2330
Unterleibskrank	118	2386
Nervenkrank	91	1851
Augenkrank	43	892
Brustkrank	76	1322
Geschwüre, Haut- und Geschlechtskrankheiten	152	2385
Schlaganfall	7	189
Kranpfaderleiden	14	389
Ohrenleiden	10	242
Bruchleiden	2	46
Darmkrank	34	572
Wöchnerinnenunterstützung	382	8751

Bezüglich der Agitation wird berichtet, daß dieselbe in den letzten zwei Jahren hauptsächlich durch die Agitationscomités betrieben worden sei. Die Beitragserhöhung auf dem letzten Verbandstage hatte die Herausgabe eines Flugblattes nothwendig gemacht. Am erfolgreichsten sei in letzter Zeit die Agitation für den Verband durch Fabrikversammlungen gewesen. Auch an polizeilichen Chikanen hat es nicht gefehlt. Ganz besondere Schwierigkeiten aber legen die Polizeibehörden in Elsaß-Lothringen den Organisationsbestrebungen der Arbeiter in den Weg, indem dieselben verlangen, daß zur Errichtung von Zahlstellen deren Genehmigung nachgesucht wird. Gegenwärtig schweben noch diesbezüglich Prozesse, die hoffentlich einen für die Arbeiter günstigen Abschluß finden. Bemerkenswerth ist noch, daß sich der Elsaß-Lothringische Textilarbeiterverband aufgelöst und dem Verbande angeschlossen hat.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht ist eine sehr rege. Nachdem ein Antrag Annahme gefunden hatte, daß für die Folge über Einnahme und Ausgabe des Verbandes ein übersichtlicherer Bericht erstattet werden soll, wird dem Vorstande für seine Thätigkeit Decharge ertheilt.

Ein Dringlichkeitsantrag, den in der Osterwoche in den Streik getretenen Kollegen in Hof und Elberfeld für die erste Woche die Hälfte der Unterstützung zu gewähren, wird angenommen.

Nachdem die Tagesdiäten der Delegierten auf M 8 festgesetzt worden waren, wird in die Statutenberathung eingetreten.

Sämmtliche Anträge, die auf die Erhöhung resp. Herabsetzung der Beiträge und auf die Krankenunterstützung Bezug hatten, wurden einer Kommission zur Berathung überwiesen. Diese hatte derogleichen für den Bezug der Krankenunterstützung einer gründlichen Revision unterzogen und dem Verbandstage ein vollständig ungearbeitetes Reglement in Vorschlag gebracht, das in allen seinen Positionen Annahme fand. Die von der Kommission getroffenen neuen Bestimmungen betreffen nur klarere, präzisere Fassung der Paragraphen, die auf die Bezugsberechtigung und Auszahlung der Unterstützung Bezug hatten. Die Höhe des Beitrages und der Unterstützung bleibt beim Alten. Bezüglich der Unterstützung ist nur folgender Passus erwähnenswerth: „Die festgesetzte Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung wird auch Wöchnerinnen für vier

Es folgt nunmehr der Bericht der Preßkommission. Diesem ist zu entnehmen, daß Einwendungen gegen den Inhalt des Blattes in den letzten zwei Jahren nicht gemacht worden sind. Die höchste Auflage desselben betrug 48 000 und die niedrigste 31 700 Exemplare. Im ersten Quartal 1900 hatte die Fachzeitung einen Vermögensbestand von M 19 378,40 und am Schluß des vierten Quartals 1901 einen solchen von M 26 055,26. Die Gesamteinnahme betrug in den Jahren 1900 und 1901 M 85 000, die Ausgabe M 75 000, darunter befanden sich M 700 für Mitarbeit.

Ueber die fernere Gestaltung des Inhaltes des Fachblattes und der Haltung desselben entspinnt sich eine rege Debatte, die damit ihren Abschluß findet, daß folgender Antrag angenommen wird:

„Versammlungsberichte, welche kein öffentliches Interesse haben, sowie Festberichte dürfen in das Fachblatt nicht aufgenommen werden. Versammlungsberichte von öffentlichem Interesse müssen mit dem Stempel der Ortsverwaltung versehen sein. Der im Fachblatt frei werdende Raum soll zu sozialpolitischen Artikeln verwendet werden.“

Ferner wird durch Annahme einer Resolution ausgesprochen, daß der Zweck des Fachorgans die Aufklärung der Mitglieder sei, diesem Zwecke sollen alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzbar gemacht werden.

Beim Punkt Agitation und Organisation wird zur Sprache gebracht, daß neuerdings im Vogtlande das Bestreben zu Tage tritt, einen Verband der Schiffensticker in's Leben zu rufen. Dem wird von sämtlichen Mitgliedern mit Entschiedenheit entgegengetreten und beschlossen:

„daß jede Sonderorganisation der in der Textilindustrie vorhandenen Berufe, gleichviel wo dieselbe zu Tage tritt, zu verurtheilt ist.“

„Die Agitation wird wie bisher durch die Agitationscomités betrieben. Dieselben haben in Zukunft, wo es möglich ist, vornehmlich Werkstatt- resp. Fabrikversammlungen abzuhalten.“

„Der Landesvertrauensmann wird das Agitationsgebiet des Verbandes in geographisch günstig liegende Bezirke einteilen. Wenn die Mittel für die Agitation in den einzelnen Bezirken nicht ausreichen, so haben sich die Agitationskommissionen um Zuschuß an den Landesvertrauensmann zu wenden.“

Der Punkt: „Der gesetzliche Mindestlohn“ findet seine Erledigung dadurch, daß nach kurzer Begründung folgende Resolution einstimmig angenommen wird:

„Der Textilarbeiterkongreß (Kassel 1902) fordert vom Reiche die Errichtung von Arbeiterkammern, die, auf Anrufen der in Frage kommenden Arbeiter heimindustrieller oder solcher Betriebe, die nachweislich weder eine fremdörtliche noch fremdländische Konkurrenz infolge erhöhter Arbeitslöhne und Waarenpreise zu befürchten haben, berechtigt sind, den ihnen gewährten Stück- oder Zeitlohn soweit zu erhöhen, daß der Arbeiter bei der in den Großbetrieben des in Frage kommenden Gewerbes üblichen mittleren Arbeitszeit zu demselben Tages- oder Wochenverdienst gelangt, den die Arbeiter dieser Großbetriebe erreichen.“

Es folgt nun die Stellungnahme zum internationalen Textilarbeiterkongreß, der in diesem Jahre in Zürich stattfindet. Es wird beschlossen, denselben durch zwölf Delegierte zu beschicken. Die Vorarbeiten für die Wahlen werden dem Landesvertrauensmann übertragen, der auch für die Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel Sorge zu tragen hat.

Die Besichtigung des im nächsten Jahre in Brüssel stattfindenden internationalen Arbeiterkongresses wird ebenfalls beschlossen und der Vorsitzende des Verbandes, Hübsch, zum Vertreter gewählt.

Der bisherige Vertrauensmann, Wagner-Chemnitz, wird einstimmig wiedergewählt.

In die Preßkommission, deren Mitglieder aus den Kreisen der organisierten Kollegen Sachsens ausgewählt werden, werden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Für ein ausgeschiedenes Mitglied wird ein Kollege aus Chemnitz gewählt.

Nachdem noch beschlossen worden war, daß in Zukunft Kongresse nur nach Bedarf stattfinden und alle Fragen, mit denen sich diese bisher beschäftigt haben, auf den Verbandstagen ihre Erledigung finden sollen, wurde der Kongreß geschlossen.

Elfte Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands.

Magdeburg, 31. März bis 4. April 1902.

Die Generalversammlung ist von 20 Delegierten besetzt; außerdem sind anwesend zwei Vertreter des Vorstandes und ein Vertreter des Ausschusses, sowie ein Vertreter der Generalkommission.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht des Vorstandes weist auf die überall bemerklichen Folgen des wirtschaftlichen Niederganges und auf die durch den Zollgesetzentwurf bedrohte Lage der Lederindustrie hin, konstatiert sodann, daß die Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung die Verbandsentwicklung nachtheilig beeinflusste und „ist eine scharfe Kritik an der von einzelnen Zahlreichen bei Lohnbewegungen eingeschlagenen Taktik. Die dreijährige Geschäftsperiode war äußerst belebt von Lohnbewegungen, deren Ursachen und Verlauf eingehend geschildert werden. Leider ging ein umfangreicher Kampf in Wilster verloren; doch sind im Allgemeinen schöne Erfolge erzielt worden.“

Die Mitgliederzahl fiel von 5094 im vierten Quartal 1898 auf 4830 im dritten Quartal 1901, infolge der Wirtschaftskrisis des unglücklichen Endes des Wilsterer Streiks und der mangelnden Bindemittel des Verbandes. Das letztere beweisen die starken Durchgangsziffern, denn es traten in den drei Jahren 3845 Mitglieder ein, die der Verband sich nicht dauernd zu erhalten vermochte; die Zahl der Austritte wuchs im Gegentheil noch auf 4109. Die Mitgliederzahl erreichte ihren Höhepunkt im zweiten Quartal 1899, während der bedeutendste Rückgang nach dem Wilsterer Streik eintrat.

Auf dem Gebiete der Statistik wurde eine Arbeitslosenerhebung durchgeführt, deren Ergebnisse in einer Schrift veröffentlicht sind. Es betheiligten sich in 155 Orten 3873 Mitglieder von 4614 Organisierten und 14279 Berufsangehörigen in diesen Orten und von zirka 40 000 Berufsangehörigen im ganzen Reiche. Wegen Arbeitsmangels waren 652 Betheiligte zusammen 22 550 Tage und 305 Betheiligte 9505 Tage arbeitslos. — Auch das auf der letzten internationalen Konferenz der Lederarbeiter (1899) geschaffene internationale Sekretariat gab eine Statistik der Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Ländern heraus, deren hohe Kosten das Sekretariat in finanzielle Schwierigkeiten brachte.

Die internationalen Gegenständigkeitsverträge bedürfen noch sehr des Ausbaues und die letzte internationale Konferenz war nur von zwei Nationen besetzt.

Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme von M 239 664,79 (darunter M 3000 Darlehen von der Generalkommission für den Wilsterer

Wochen — per sofort — das heißt im Voraus nach Be-
stätigung der Geburt cusbezahlt.

Im Uebrigen werden bei der Statutenberathung
noch folgende Beschlüsse gefaßt:

„Mitglieder, welche infolge Arbeitslosigkeit oder
Krankheit von der Beitragszahlung entbunden sein
wollen, haben jede Woche ihr Verbandsbuch dem
Kassenbeamten zwecks Einklebung dieser Freimarken
zuzustellen.“

„Mitglieder, welche durch Aussperrung, Maß-
regelung oder Arbeitseinstellung abreisen, erhalten für
jede zurückgelegte Strecke pro Kilometer 2 \mathcal{M} , soweit
dieselben noch bezugsberechtigt sind; andere Mitglieder
erhalten ebenfalls pro Kilometer 2 \mathcal{M} . Diesen wird
aber pro Tag nicht unter 10 und nicht über 50 Kilo-
meter ausbezahlt.“

„Die auf Wanderschaft befindlichen Kollegen sind
verpflichtet, an allen Orten, wo der Herbergverkehr
durch die Gewerkschaften geregelt ist, auf den Gewerk-
schaftsherbergen zu verkehren.“

Bei der Berathung des Streikreglements wird be-
schlossen:

„Die Genehmigung zu einem Angriffsstreik ist
davon abhängig, ob von den Betheiligten 50 pZt.
organisiert sind. In dringenden Ausnahmefällen ent-
scheidet der Vorstand mit dem Ausschuß.“

„Die ersten acht Tage wird in der Regel Unter-
stützung nicht gezahlt, jedoch kann in dringenden Fällen
eine Ausnahme gemacht werden.“

„Die Gemahregelten = Unterstützung
beträgt \mathcal{M} 9. Verheirathete Mitglieder erhalten jedoch
für jedes Kind unter 14 Jahren \mathcal{M} 1 pro Woche.“

In Bezug auf die Gewährung von Umzugs-
unterstützung wird folgende Bestimmung ge-
troffen:

„Ist ein verheirathetes Mitglied bei Streiks oder
Aussperrungen gezwungen, seinen Wohnsitz zu ver-
lassen, so kann dem Mitglied vom Zentralvorstand
eine Umzugsunterstützung in der Höhe von \mathcal{M} 10
bis \mathcal{M} 20 bei längerer als einjähriger Mitgliedschaft
unter Berücksichtigung der Entfernung gewährt
werden.“

Die Anträge, welche auf die Einführung der
Arbeitslosenunterstützung Bezug haben,
finden ihre Erledigung dadurch, daß beschlossen wird,
den Vorstand zu beauftragen, eine Statistik über den
Umfang der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie auf-
zunehmen und dem nächsten Verbandstage Bericht zu
erstatten, ob und in welchem Umfange die Arbeits-
losenunterstützung im Textilarbeiterverbande durch-
führbar ist.

Des Ferneren wird der Vorstand beauftragt, zur
Vereinfachung und wirksameren Entfaltung der
Agitation dem nächsten Verbandstage das Projekt einer
Gau eintheilung zu unterbreiten.

Ein Antrag, den weiblichen Mitgliedern, deren
Männer bereits den „Textilarbeiter“ erhalten, die
„Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern, wird ebenfalls
angenommen.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Berlin. Der
bisherige Vorsitzende und der Kassierer des Verbandes
werden einstimmig wiedergewählt.

Der Sitz des Ausschusses bleibt ebenfalls in
Berlin.

Der Vorstand und Ausschuß werden ermächtigt,
wenn das Anwachsen der Arbeit im Vorstande die An-
stellung einer dritten Kraft erforderlich macht, eine
solche provisorisch anzustellen, jedoch muß die Stelle
ausgeschrieben werden.

Zum Gewerkschaftskongreß sollen acht
Delegierte entsandt werden, deren Wahl in den Mit-
gliedschaften stattzufinden hat.

Nachdem noch beschlossen war, daß, falls der Ge-
werkschaftskongreß die Schaffung eines Pensionsfonds
für Gewerkschaftsbeamte beschließt, auch der Textil-
arbeiterverband demselben beitreten wird, waren die
Arbeiten des Verbandstages beendet.

Sechster Textilarbeiter- und Arbeiterinnen- Kongreß.

Kassel, 31. März und 1. April 1902.

Wie in früheren Jahren, so fand auch diesmal
im Anschluß an die Generalversammlung des Textil-
arbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandes ein Kongreß
statt. Es nahmen an den Berathungen desselben
Theil 56 Delegierte, die 66 Orte vertraten, sowie die
Vertreter der Presse und der Vorstand und Ausschuß
des Verbandes.

Aufgabe der Kongresse ist: die Regelung des Preis-
wesens, die Erledigung der Fragen, die auf die inter-
nationalen Beziehungen Bezug haben und aller der-
jenigen Angelegenheiten, die einen politischen oder
sozialpolitischen Charakter haben.

Zunächst giebt der Vertrauensmann der Textil-
arbeiter Deutschlands, zu dessen Aufgabe auch die Ein-
berufung der Kongresse gehört, den Bericht über seine
Thätigkeit. Diese bestand im Verkehr mit dem
internationalen Sekretariat, das seinen Sitz in
Accrington in England hat. Diesem sind denn auch
alle Vorgänge in der deutschen Textilarbeiterbewegung
regelmäßig berichtet worden. Eine weitere Aufgabe
war die Propagierung des Zehnstundentages in der
Textilindustrie. Zu diesem Zwecke sei ein Flugblatt
in einer Auflage von 150 000 Exemplaren hergestellt
und verbreitet worden. Die Mittel, welche für die
Ausübung der Thätigkeit des Vertrauensmannes
nötig waren, wurden dadurch aufgebracht, daß jedes
Mitglied des Verbandes für die Dauer vom letzten
bis zu dem in diesem Jahre stattfindenden inter-
nationalen Kongreß 5 \mathcal{M} zu zahlen hatte. Von
diesem Ertrage wurden auch die Beiträge an das inter-
nationale Sekretariat abgeführt. Nach dem Kassen-
bericht hatte der Vertrauensmann eine Einnahme von
 \mathcal{M} 1463, der eine Ausgabe von \mathcal{M} 918,54 gegenüber-
steht. Es ist demnach noch ein Kassenbestand von
 \mathcal{M} 544,46 vorhanden.

Zu die Diskussion wurde auch zugleich die Frage
der Zehnstundenbewegung, welche als be-
sonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden
war, hineingezogen.

Ausstellungen an der Thätigkeit des Vertrauens-
mannes wurden nicht gemacht. Sämmtliche Dis-
kussionsredner verbreiteten sich über die Zehnstunden-
bewegung resp. über die Nothwendigkeit der Ver-
kürzung der Arbeitszeit. Im Allgemeinen wird betont,
daß den gesetzgebenden Körperschaften die Wünsche und
Forderungen der Textilarbeiter zur Kenntniß gebracht
werden müssen, allzu großen Hoffnungen dürfe man
sich aber in dieser Beziehung nicht hingeben. Der
Hauptwerth müsse in Zukunft auf den wirth-
schaftlichen Kampf gelegt werden. Durch eigene
Kraft müssen die Arbeiter versuchen, ihre Lage zu ver-
bessern. Wenn sich die Arbeiter vermöge ihrer Organi-
sation eine achtungsgebietende Position errungen haben,
werden auch Regierungen und gesetzgebende Körper-
schaften den Forderungen derselben Gehör schenken
müssen.

Die Diskussion findet damit ihren Abschluß, daß
die bereits auf dem Kongreß in Göhrich im Jahre 1900
angenommene Resolution über den Zehnstundentag
wiederum zum Beschluß erhoben wird mit dem Zu-
satz: daß da, wo der zehnstündige Arbeitstag eingeführt
ist, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden
zu erstreben sei.

Bei der Statutenberatung wurde das erhöhte Eintrittsgeld für Wiederaufnahmen gestrichen.

Ein Antrag, daß der Beamte sich einzig und allein den Verbandsgeschäften zu widmen habe, wird nach langer Debatte abgelehnt, jedoch der Wunsch ausgesprochen, daß ein Nebenerwerb desselben die Verbandstätigkeit nicht beeinträchtigt. Vorstand und Ausschuß sollen aus je sieben Personen bestehen. Der Ausschuß hat Beschwerden über Nichtbewilligung von Streiks durch den Vorstand zu untersuchen und dem Vorstand zur nochmaligen Prüfung zurückzuverweisen; eine gemeinsame Abstimmung beider entscheidet schließlich mit einfacher Mehrheit.

Arbeitslose Unterstützung wird unter folgenden Bedingungen gewährt:

Am Orte:

bei 52wöchiger Mitgliedschaft für 6 Wochen je M.	6,—
" 104 " " " 6 " " "	7,50
" 156 " " " 6 " " "	9,—
" 260 " " " 6 " " "	10,50

Auf Reise:

bei 52wöchiger Mitgliedschaft für 60 Tage je M.	—,60
" 104 " " " 60 " " "	—,75
" 156 " " " 60 " " "	—,90
" 260 " " " 60 " " "	1,05

Der Beitrag wird von 25 auf 35 „ pro Woche erhöht. Wo Verheirathete am Orte keine Aussicht auf Arbeit haben und in der ersten Arbeitslosigkeitswoche auf Reise gehen, da kann ihnen die Reiseunterstützung der niedrigsten Jahresklasse, letztere indeß nur auf vier Wochen, gewährt werden. Die Ortsunterstützung wird vom siebenten Tage, die Reiseunterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit gezahlt. Während des ersten Jahres des Mehrbeitrags wird örtliche Unterstützung nicht gezahlt. Der Vorstand ist gehalten, einen Fonds in Höhe von M 5 pro Kopf für diese Unterstützungszwecke anzusammeln. Außerdem werden die übrigen Ausführungsvorschriften beschlossen.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Berlin, der des Ausschusses in Hamburg-Altona. Die Gehälter der Beamten sollen mit M 1800 beginnen und mit Zulagen von M 100 alle drei Jahre bis zum Ertrage von M 2100 stufenmäßig steigen. Außerdem wird ihnen jährlich ein Urlaub von 14 Tagen gewährt. Dem jetzigen Beamten sollen im Falle der Wiederwahl sechs Jahre seiner Anstellung angerechnet werden, wodurch dessen Gehalt auf M 2000 steigt. Zum zweiten Beamten wurde Mahler-Hamburg gewählt, sein Antritt auf den 1. Oktober festgesetzt.

Sodann wurde die Einführung eines Sterbegeldes von M 25, zahlbar beim Ableben von Mitgliedern, die mindestens drei Jahre lang dem Verbandsangehörigen, und dessen Ehefrauen.

Eine Beschwerde gegen die Wahl eines stellvertretenden Vorstandsmitgliedes, das 12 Jahre zuvor sich des Streikbruchs schuldig gemacht hatte, giebt Anlaß zum Beschlusse, daß die Wahl zu Ehrenämtern hinsichtlich solcher Personen nicht wünschenswert sei, die sich grober Verletzungen der Verbandsinteressen schuldig gemacht haben.

Als Vertreter zum Gewerkschaftskongress werden Weiswenger und Renngott gewählt. Die Vertreter sollen für die Schaffung gleicher Uebertrittsbedingungen für Mitglieder aus einer Organisation in die andere eintreten.

Nach Erledigung mehrerer Beschwerden wurde beschlossen, gelegentlich der nächsten Verbandsstatistik eine Feststellung der Blut- und Milzbrandvergiftungen unter den deutschen Lederarbeitern vorzunehmen und das Material dem Reichstage zu übermitteln. Ebenso wurde eine Protestresolution gegen die von der Reichsregierung im Zollgesetzentwurf vorgeschlagenen Zölle

auf ausländische Gerbstoffe angenommen und der Verbandstag nach einem kurzen Nachwort des Vorsitzenden geschlossen.

Aus Unternehmerrreisen.

Ein Syndikat der Syndikate.

Am 9. April beschloß eine Konferenz von 96 geladenen Vertretern deutscher Syndikate, nach einleitenden Vorträgen von Pieper (Vertreter des Koalitionsyndikats) und Bued, die Einsetzung eines Ausschusses von sechs Personen, der gemeinsam mit dem Direktorium des Zentralverbandes der Industriellen die vorbereitenden Schritte zur Schaffung einer gemeinsamen Vertretung der deutschen Kartelle unternimmt und darüber demnächst Bericht erstatten soll. Die Wahl der sechs Ausschußmitglieder überließ man dem Direktorium des Zentralverbandes der Industriellen, als dessen Nachwerk sich der ganze Plan darstellte. In der Versammlung wurde von Herrn Pieper, nach Rücksprache mit dem Dezerenten im Reichsamt des Innern, die Erklärung abgegeben, daß der Erlaß des preussischen Handelsministers, betr. die Umfrage über die Kartelle, weder von Herrn Möller selbst, noch von dem im Zentralverbandslager arg befehdeten Unterstaatssekretär Lohmann, sondern im Reichsamt des Innern aufgestellt und an alle Bundesregierungen ergangen sei. Herr Möller ist also seinen Zentralverbandsgenossen nicht zwischen die Waden gefahren; er wurde als völlig unverdächtiger Freund der Industriellen rehabilitiert.

Wir mühten Raummangels wegen das nähere Eingehen auf die interessante Umfrage zurückstellen. Die deutschen Arbeiter mögen aber diese Organisationsbestrebungen der Großindustriellen nie aus dem Auge lassen.

Justiz.

Das Gewerkschaftskartell in Halle hat jetzt zum ersten Male nach einem Vierteljahre wieder eine Sitzung abhalten können, welche nicht durch polizeiliches Eingreifen gestört wurde. Warum geht es nun auf einmal?

Gewerbegerichtliches.

Wahlen. In Aschersleben wurden ohne Gegenliste die Arbeitervertreter des Kartells gewählt. In Duisburg eroberten die Gewerkschaften in zwei Bezirken drei Mandate, so daß sie jetzt über fünf von zehn Arbeiterbeisitzern verfügen.

Kartelle, Sekretariate.

Der Bau eines Gewerkschaftshauses für Dresden wurde seitens einer dortigen Gewerkschaftsversammlung beschlossen. Der Kaufpreis soll zirka M 500 000 betragen; zur Uebernahme seien M 70 bis 80 000 erforderlich. Es sollen Antheilscheine zu M 5, 10, 20, 50, 100 und solche ohne bestimmte Summe mit 3½ pZt. Verzinsung ausgegeben werden; nach einmonatigem Bestehen des Gewerkschaftshauses soll die Verzinsung auf 4 pZt. erhöht werden. Ungefähr M 57 000 seien schon von größeren Gewerkschaften gezeichnet.

Neue Arbeitersekretariate sind in Harburg und Neuruppin entstanden. Die Zahl der Sekretariate beträgt gegenwärtig 37.

Bei der Renwahl des Arbeitersekretärs für Kiel wurde Genosse Joh. Fipp, der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, unter 22 Bewerbern mit großer Mehrheit gewählt.

Streik) und eine Gesamtausgabe von M 193 717,13, sowie einen Staffenstand von M 45 947,66 (einschließlich M 3000 Darlehen) auf. Unter den Ausgabeposten sind bemerkenswerth: Reiseunterstützung M 48 217,86; Streifunterstützung M 65 886,05; Umzugsgeld M 11 552,34; Familienunterstützung M 15 828; Rechtsschutz M 703,11; Agitation M 5625,06. Lederarbeiterzeitung einschließlich Mitarbeiter und Expedition M 13 092,26; Gehälter, Hilfsarbeit und Remunerationen M 10 657,80 und Beitrag zur Generalkommission M 10 657,80.

Der Bericht des Ausschusses bringt nichts Wesentliches von allgemeinem Interesse. In der Debatte, die sich zugleich über den nachfolgenden Punkt, Lohnbewegungen, ausdehnt, wird mehrfach daran Kritik geübt, daß Vertreter des Vorstandes den Streikneigungen und Unterstützungswünschen der Zahlstellen und Mitglieder entgegenzutreten. Diese Kritik wird dadurch entkräftet, daß auf die statutarischen Verlegungen mancher Zahlstellen und auf die verhängnisvollen Folgen einzelner unüberlegter Streiks hingewiesen und ein energisches Eingreifen der Verwaltungsmitglieder als dringend notwendig anerkannt wird.

Dem Vorstand und Ausschuss wird Entlastung erteilt. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt den Verband seit zehn Jahren und bereits fünf Verbandstage verhandelten darüber. Eine Arbeitslosenabstimmung, aufgenommen für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1901, ergab Ziffern, die die Verwirklichung dieses Problems sehr wohl möglich erscheinen ließen, und eine in diesem Jahre veranstaltete Urabstimmung, an der sich 3967 Mitglieder beteiligten, bewies, daß die Arbeitslosenunterstützung bereits eine starke Mehrheit der Mitglieder (2551 für, 1416 gegen) gewonnen hatte. Diese Urabstimmung wäre bereits maßgebend für die Einführung geworden, wenn eine statutarische Vorschrift nicht für die Einführung von Unterstützungszweigen eine Zweidrittelmehrheit erforderte. So ergab die Urabstimmung noch einmal die formelle Ablehnung, was jedoch den Verbandstag nicht hinderte, von Neuem die Frage der Verwirklichung zu prüfen. Der Referent geht auf die bisherigen Stadien der Entwicklung dieses Problems ein, weist in Kürze die Vortheile dieser Unterstützung nach und entkräftet die Bedenken der Gegner dieser Unterstützung, was jedoch den Korreferenten nicht abhielt, dieselbe als Vereinträchtigung des Klassenbewußtseins und der Kampfesideale, als Hinderniß der Agitation und als einen der Gewerkschaft schädlichen Faktor zu bekämpfen. In der Diskussion ergab sich, daß überhaupt nur vier Gegner der Arbeitslosenunterstützung anwesend waren, die sich denn auch bemühten, ihre Haltung zu verteidigen, ohne mit ihrer Auffassung bei der Mehrheit durchzudringen. Mit allen gegen vier Stimmen in namentlicher Abstimmung beschloß der Verbandstag die Einführung dieser Unterstützung.

Beim Punkt Presse wird die Nothwendigkeit anerkannt, durch Anstellung eines zweiten Beamten den Redakteur zu entlasten; auch werden mehr belehrende Artikel über die Arbeitszeitverkürzung, Akkordarbeit und über den Schutz gegen Mißbrandvergiftung gewünscht. Ein öfteres Erscheinen der Zeitung wird in Rücksicht auf die dem Verband durch die Arbeitslosenunterstützung erwachsenden Mehrausgaben abgelehnt.

Im Weiteren wird die Forderung des Druckers des Verbandsorganes um einen zehnprozentigen Zuschlag, begründet durch die Einführung des neuen Buchdruckerarbeits, einer längeren Erörterung unterzogen. Die Angelegenheit wird schließlich dem Vorstandsvorstand überwiesen mit der Nichtschmür, daß bei Eingehung von Druckverträgen die tariflichen Verhältnisse

des Druckortes derart zu berücksichtigen sind, daß Benachtheiligungen des Druckereipersonals ausgeschlossen sind.

Ueber die Frage der Tarifgemeinschaften hatte der Vertreter der Generalkommission das Referat übernommen, der seine Ausführungen zu folgender Resolution verdichtete:

Die erste Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands erblickt in dem Abschluß tariflicher Vereinbarungen mit Vertretungen oder Organisationen der Unternehmer in prinzipieller Hinsicht eine Anerkennung der Gewerkschaft als berechtigte Vertretung der Arbeiter und ihrer Gleichberechtigung mit der Organisation der Unternehmer bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die auch materiell den Abschluß der einzelnen Arbeitsverträge günstig beeinflussen kann, insofern der Tarifvertrag bindende Verpflichtungen der Unternehmer enthält. Es muß die wichtigste Aufgabe der Vertreter der Arbeiter bei Lohnbewegungen sein, diese Arbeitsbedingungen für die Arbeiter so günstig wie irgend möglich zu gestalten und bei der Dauer der Vereinbarungen zu berücksichtigen, daß die Tariferneuerung nicht in eine Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und der geschwächten Aktionsfähigkeit der Gewerkschaft fällt. Wie es aber schon zur Herbeiführung eines für die Arbeiter günstigen Tarifvertrages einer starken Organisation der Arbeiter bedarf, so hängt auch die Durchführung der Aufrechterhaltung des Vereinbarten in erster Linie von der Schutzwehr einer jederzeit schlagfertigen Gewerkschaft ab. Diese Organisation zu kräftigen, sei allen deutschen Lederarbeitern zur dringendsten Pflicht gemacht. Außerdem bedarf die Durchführung tariflicher Arbeitsbedingungen der unverbrüchlichen Vertragstreue beider Tarifparteien, für welche die beiderseitigen Organisationen volle Gewähr bieten müssen. Bei Tarifverhandlungen, welche von einzelnen Zahlstellen mit Unternehmerverbänden eingeleitet werden, ist der Vorstandsvorstand rechtzeitig vorher in Kenntniß zu setzen.

Der Vorstandsvorsitzende theilt im Anschluß an das Referat mit, daß der Berliner Tarifvertrag der Lederarbeiter vorbildlich gewirkt habe für den Abschluß von Tarifverträgen in Neumarkt, Liegnitz Pommern, St. Pöten, Glatz und Brandenburg. Er hält die Einführung eines einheitlichen Tarifs für die Weisgerber in ganz Deutschland wohl für möglich, empfiehlt aber dringend die größte Vorsicht hinsichtlich der Kündigungsfrist. Die Debatte bewegt sich in gleichem Sinne und es wurde die obige Resolution angenommen. Sodann erstattet Busse einen kurzen Bericht vom dritten Gewerkschaftskongress, insbesondere über dessen Beschlüsse, betreffend die Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Verbänden. Er wünscht eine Erneuerung des damaligen Antrages der Lederarbeiter. In der Debatte werden zahlreiche Klagen gegen die Agitationsweise des Landes-, Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes erhoben und der Wunsch ausgesprochen, die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress mit ausreichendem Beweismaterial zu versehen, um den Kongressbeschlüssen Geltung zu verschaffen.

Das Referat über Agitation sprach sich über die Nothwendigkeit der Anstellung eines zweiten Beamten aus und behandelt eingehend die Schwierigkeiten in einzelnen Gegenden. In der Debatte wurde die Anregung, den bereits bestehenden Agitationscomités eine statutarische Grundlage und Verwaltungsbefugnisse zu erteilen, als undurchführbar erachtet, aber auch auf die gegentheilige Anregung, diese Comités aufzuheben, nicht eingegangen.

werden. Diese Kräfte können uns willkommen sein, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Agitation unter den Arbeiterinnen erfolgreicher ist, wenn sie von Frauen betrieben wird. Wir wünschen aber, daß diese Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung so lange ihre sonstige Halbsheit ablegen, wie sie für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen thätig sind. Können sie das nicht, so müssen wir auf ihre Mitarbeit verzichten.

Mittheilungen.

An die Gewerkschaftskartelle richtet unterzeichnete Gewerkschaft die Mittheilung, daß zur Entfaltung einer größeren Agitationsthätigkeit unter den Barbier- und Friseurgehülfen, besonders in den Großstädten, zur geeigneten Zeit ein Flugblatt herausgegeben werden soll. Die betreffenden Kartelle werden deshalb dringend gebeten, der Agitation für die Barbier- und Friseurgehülfen-Organisation näher zu treten und alsbald die nöthigen Exemplare des Flugblattes zu bestellen.

Der Verband deutscher Barber, Friseur usw.

F. Eckorn, Vorsitzender.

Hamburg, Caffamacherreihe 15, pt.

Quittung

über die im Monat März bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verband der Bergolder (4. Quart. 1901)..... M.	45,21
" " Schiffszimmerer (4. Quart. 1901) .. "	56,07
" " Fleischer (3. u. 4. Quart. 1900 und 1. Quart. 1901) .. "	31,—
" " Maler (4. Quartal 1901) .. "	331,11
" " Textilarbeiter (4. Quart. 1901) .. "	765,50
" " Bergarbtr. (Nest pro 4. Qu. 1901) .. "	315,60
" " do. (1. Quartal 1902) .. "	400,—
" " Sattler (3. u. 4. Quartal 1901) .. "	170,—
" " Buchbinder (4. Quartal 1901) .. "	321,24
" " Fabrikarbtr. (3. u. 4. Quart. 1901) .. "	2051,46
" " Gemeindebetriebsarbtr. (4. Qu. 01) .. "	117,69
" " Buchdruckerei-Güßarb. (4. Qu. 01) .. "	45,—
" " do. (1. Qu. 02) .. "	45,—
" " Formstecher (1. Quartal 1902) .. "	9,51
" " Brauer (3. u. 4. Quartal 1901) .. "	599,24
" " Dachdecker (1. Quartal 1902) .. "	60,—
Deutscher Holzarbeiterverbd. (3. Quart. 1901) .. "	1845,—
Deutsche Gärtnervereinigung (3. u. 4. Qu. 1901) .. "	18,—
A. Röske, Hamburg 19, Bismarckstraße 10.	

Adressen der Landes-Zentralen (Landessekretariate) der einzelnen Staaten.

- Deutschland:** E. Legien, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg 6, Marktstr. 15, 2. Et.
- Oesterreich:** A. Hueber, Gewerkschaftskommission Oesterreichs, Wien VI, Mariaböserstr. 89 A.
- Ungarn:** Ungarländischer Gewerkschaftsrath, Budapest VI, Kesthely Utesza 53-7.
- Schweiz:** A. Calame, Sekretär des Schweizer Gewerkschaftsbundes, Zürich III, Zeughaus-Rotwandstr. 72.
- Italien:** Filippo Turati, Mailand, Portici Galleria Vittorio Emanuel 23.
- Spanien:** Ant. Garcia Quejido, Secrétariat du Travail, Madrid, Relatores 24.
- Frankreich:** Eugène Guérard, Confédération générale du Travail, Paris, 8 Rue du Château d'Eau.
- Belgien:** A. Dctors, Commission Syndicale, Brüssel, Rue Joseph Stevens (Maison du Peuple).
- Niederlande:** G. van Erkel, Nationaal Arbeids-Secretariat, Amsterdam, Rozengracht 164.
- Großbritannien:** J. Mitchell, General Federation of Trade Unions, London E. C., 168—170 Temple Chambers, Temple Avenue.
- Großbritannien:** Sam. Woods, The Trades Union Congress Parliamentary Committee, London W. C., 19 Ducket Street, Strand.
- Dänemark:** J. Jensen, De Sambirkende Fagforbund i Danmark, Kopenhagen, Nørre Farimagsgade 47, 1. Et.
- Schweden:** S. Lindqvist, Landssekretariatet, Stockholm, G. la Kungsholmsbrogaten 21, 1 Tr.
- Norwegen:** D. Jensen, Landssekretariatet, Christiania, Storgade 20.
- Finnland:** Dr. R. A. af Ursin, Turku (Åbo), Konsulat 10.
- Nordamerika:** Sam. Compers, American Federation of Labor, Washington D. C., 423-425 G. Street, N. W.
- Australien:**
 - Neusüdwales: Sam. Smith, Maritime Hall, 29 Erskine Street, Sydney (N.-S.-W.).
 - Queensland: A. Hinchcliffe, Trades-Hall, Brisbane (Queensland).
 - Südaustralien: F. S. Wallis, Trades-Hall, „Grote Ste“ Adelaide (South-Australia).
 - Victoria: G. Barnett, Trades-Hall, Melbourne (Victoria).

Internationales Sekretariat der sozialdemokratischen Arbeiterparteien aller Länder: Victor Serwy (Béa), 28 rue de Portugal, Brüssel.

Adressen der Vorsitzenden der deutschen Zentralvereine.

- Bäcker.** O. Allmann, Marktstr. 27, pt., Hamburg-Eißbeck.
- Barbiere.** Fr. Eckorn, Caffamacherreihe 15/17, Hamburg.
- Bauarbeiter.** Gust. Behrendt, Bremerreihe 15, part., Hamburg - St. Georg.
- Bergarbeiter.** L. Schröder, Johannerstr. 12, Bochum.
- Bildhauer.** P. Dupont, Solmsstraße 83, 2. Et., Berlin SW 29.
- Blumen-, Feder- und Blätterarbeiterinnen.** Frau Emma Jhrer, Schönholzerstr. 8a, 1. Et., Pankow bei Berlin.
- Böttcher.** C. Winkelmann, Sanktenstr. 21/22, Bremen.
- Brauer.** G. Bauer, Burgstr. 9, 1. Et., Hannover.
- Buchbinder.** A. Dietrich, Sophienstr. 10, 1. Et., Stuttgart.
- Buchdrucker.** E. Döblin, Chamissoplatz 5, 3. Et., Berlin SW 29.
- Buchdruckerei-Güßarbeiter.** Frau Paula Thiede, Elbingerstr. 27, 4. Et., Berlin NO 18.
- Bureauangestellte.** Gustav Bauer, Rosenthalerstr. 57, Berlin O 22.
- Civil-Musiker.** Gottl. Fauth, Gustabstr. 65, 2. Et., Altona.
- Dachdecker.** Georg Diehl, Brückenstr. 31, Frankfurt a. M.

Ueber Arbeitslorenzählungen liegen uns folgende weitere Mittheilungen vor:

Zeit der Zählung	Ort	Zahl der Arbeitslosen				Zahl der betriebsförmig arbeitenden Arbeiterinnen
		überhaupt	ledig	verheiratet	deren Kinder	
Nov. 1901	Magdeburg	2309	1259	1050	1906	436
Dez. 1901	Liegnig	288	114	174	312	
" 1901	Halle a. d. S.	2588	1026	1562	3116	
Jan. 1902	Dresden, Neust.	2842	1238	1604	3471	
" 1902	" Altst.	4956	2837	2119	4182	
" 1902	Vororte von Dresden	2265	825	1440	4345	
" 1902	Leipzig	1661 ¹				
" 1902	Offenbach	365 ²	166	154		
" 1902	Freiberg i. S.	270	40	230	267	
Febr. 1902	Elberfeld	1240	575	665	1762	
März 1902	Blauenfelder Grund b. Dresden	954	387	567	1371	161
" 1902	Brandenburg	825	291	534	1057	
" 1902	Neuruppin	322			450	
" 1902	Elmsborn und Umgegend	272			444	

Andere Organisationen.

Die gewerkschaftliche Agitation bürgerlicher Frauenrechtlerinnen.

Die Halbheit, welche sich in der bürgerlichen Frauenbewegung im Allgemeinen zeigt, offenbart sich auch dann, wenn die Vertreterinnen dieser Bewegung sich mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen beschäftigen. In dem Jahresbericht für 1901 des Vereins „Frauenwohl“ in Berlin machte der Arbeitsausschuß für die Arbeiterinnenfrage folgende Mittheilungen:

„Die praktische Arbeit konnte sich im letzten Jahre besonders rege entfalten in Folge des von Frau Emma Ihrer am 7. Januar 1901 im Verein „Frauenwohl“ gehaltenen Vortrages: „Die nächsten Ziele des Arbeiterinnen-schutzes“. In ihrem Schlußwort hatte die Rednerin geschildert, wie die der Generalkommission in Hamburg angeschlossenen Gewerkschaften durch Veranstaltung zahlreicher kleiner Versammlungen, sog. „Werkstübensitzungen“ unter den Arbeiterinnen für deren so notwendige Organisation werben. An dieser Art der Agitation, die eine äußerst mühevolle Kleinarbeit darstellt, betheiligen sich auf Anregung von Frau Ihrer hin seit dem Februar 1901 auch einzelne Mitglieder des Arbeitsausschusses. Ehe diese praktische Arbeit begann, hatte eine Besprechung zwischen dem Vorstand des Vereins „Frauenwohl“, den Mitgliedern des Ausschusses und denjenigen Berliner sozialdemokratischen Führerinnen stattgefunden, welche sich speziell dieser Agitation für die Gewerkschaften widmen.

Die gemeinsam mit den Gewerkschaften vorgenommene Agitation erstreckte sich bisher auf Arbeiterinnen der Wäschebranche (Mäherinnen und Plätterinnen), Textilbranche, Blumen- und Buchfederbranche und Rosamentiererrinnen. An insgesammt 28 derartigen Werkstübensitzungen nahmen einzelne Mitglieder des Arbeitsausschusses thätigen Antheil durch Erstattung von Referaten über Zweck und Ziele der Organisation, die Vorschriften der Gewerbeordnung,

¹ Aus 28 Gewerkschaften mit 12 554 Mitgliedern.

² Bei 45 fehlen die Familienangaben; außerdem sind bereits 30. 200 Arbeitslose vom Stadtbauamt beschäftigt.

weibliche Fabrikinspektion, Arbeiterausschüsse, Krankenversicherung und ähnliche Thematika.

Hinsichtlich der Beziehungen des Arbeitsausschusses zu den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften ist folgendes zu bemerken: Auf das Schreiben des Ausschusses an den Zentralrath der Gewerkschaften in Potsdam vom Dezember 1900 (vergl. den vorigen Jahresbericht des Arbeitsausschusses) ist bis heute noch keine Antwort eingegangen. Zu dem Verbandstage der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften, der im Juni 1901 in Köln stattfand, hatte die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Cauer, eine Einladung erhalten, der sie jedoch nicht folgen konnte. In ihrem Auftrage wählte ein Kölner Mitglied des Vereins „Frauenwohl“ den Verhandlungen bei. Zu diesem Verbandstage war seitens des Ausschusses eine Anfrage an den Zentralrath gerichtet worden, ob die in dem oben erwähnten Schreiben enthaltenen Anträge des Ausschusses auf dem Verbandstage zur Verhandlung kommen würden, ob überhaupt die Frage der Organisation der Arbeiterinnen auf die Tagesordnung gesetzt würde. Auf diesen Brief ist weder eine Antwort erfolgt, noch ist den Anträgen des Ausschusses bezüglich Förderung der Organisation der Arbeiterinnen bisher Folge gegeben worden. Mit dem Hirsch-Dunder'schen Ortsverein der Schneiderinnen, Stickerinnen und verwandter Berufsgenossen steht der Arbeitsausschuß nach wie vor in Beziehungen. Die Vorsitzende sowie einige Mitglieder dieses Gewerbevereins nehmen an den Sitzungen des Ausschusses Theil und einzelne Ausschußmitglieder sind stets bereit, auf Wunsch in den Versammlungen dieses Ortsvereins zu sprechen.

Es wird hier die interessante Thatsache konstatiert, daß eine und dieselbe Körperschaft gleichzeitig für die Gewerkschaften und die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften Agitation treibt. Den Mitgliedern des Vereins „Frauenwohl“ wurde, als sie sich bereit erklärten, die Kleinarbeit zur Organisation der Arbeiterinnen mitzumachen, von den in der modernen Arbeiterbewegung stehenden Frauen ausdrücklich gesagt, daß sie zu dieser Mitarbeit nicht als Mitglieder des Vereins „Frauenwohl“, sondern als Privatpersonen zugelassen werden. Ferner wurde betont, daß mit der Antheilnahme an der Agitation für die Gewerkschaften, der Versuch aufgegeben werden müsse, für die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften zu agitieren. Jedoch, eines solchen Hinweises hätte es eigentlich gar nicht bedürfen sollen, weil man bei den im öffentlichen Leben thätigen Personen nicht so viel Naivität voraussetzen darf, daß sie annehmen können, es sei möglich, gleichzeitig für die beiden sich schroff gegenüberstehenden Gewerkschaftsgruppen Agitation zu betreiben.

Niemand in der Gewerkschaftsbewegung wird etwas dagegen haben, daß bei der Organisation der Arbeiterinnen die Hilfe dort genommen wird, wo sie sich bietet, weil die Zahl der Frauen, welche sich der Agitation für diesen Zweck befleißigen, sehr gering ist. Wir fragen Diejenigen, welche sich dieser Mitarbeit widmen wollen, nicht nach ihren politischen und religiösen Anschauungen, verlangen aber von ihnen, daß sie sich der Sache um der Sache willen annehmen und daß sie wissen, welche Aufgaben sie zu erfüllen haben. Es giebt in der bürgerlichen Frauenbewegung Thätige, die gleich uns bestrebt sind, die elende Lage der Arbeiterinnen durch gewerkschaftliche Organisation zu bessern. Diese werden sich aber auch darüber klar sein, daß dieses Bestreben nicht durch die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften sondern nur durch die Gewerkschaften ernstlich verfolgt wird, und die deshalb für die Heranziehung der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften thätig sein

15. **Eisenbahner.** H. Jochade, Ausschläger-Allee 32, Hamburg.
16. **Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter.** A. Brey, Schillerstr. 5, 2. St., Hannover.
17. **Fleischer.** Paul Henjel, Köpenickerstr. 148, Hof, 1. St., Berlin SO 33.
18. **Formstecher.** C. Schubart, Buttmanstr. 19, Berlin N 20.
19. **Gärtner.** Fr. Reitt, Margarethenstr. 50, 3. St., Hamburg-Gimsbüttel.
20. **Gastwirthsgehülfen.** Hugo Böhsch, Muskaustr. 49, Berlin SO 33. **Verbandsbureau:** Jüdenstr. 36, Berlin C 2.
21. **Gemeindebetriebsarbeiter.** B. Boersch, Bülowstr. 21, Berlin W 57.
22. **Glasarbeiter.** C. Girbig, Stralau b. Berlin.
23. **Glasler.** Herm. Eichhorn, Schützenstr. 8 a, Karlsruhe.
24. **Graveure und Zifclenre.** Ernst Brückner, Marianenplatz 5, Hof 11., Berlin SO 26.
25. **Hafenarbeiter.** J. Döring, Gänsemarkt 35, 1. St., Hamburg.
26. **Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.** D. Schumann, Engelufur 15, Berlin SO 16.
27. **Handlungsgehülfen.** Max Josephjohn, Valentinskamp 92, Hamburg.
28. **Handschuhmacher.** D. Wasner, Eierstr. 21, 2. St., Stuttgart.
29. **Holzarbeiter-Verband.** C. Kloß, Reinsburgstr. 57, Stuttgart.
30. **Hutmacher.** A. Mejsche, Wilhelmstr. 2, Altona-burg, S.-A.
31. **Konditoren.** C. Böck, Eulenstr. 61, 3. St., Altona-Ottensen.
32. **Kupferschmiede.** F. Bischoff, Magstr. 6, 1. St., Hamburg-Gilbeck.
33. **Kürschner.** Ernst Schubert, Vogelweide 30, 1. St., Hamburg-Barmbeck.
34. **Lagerhalter.** Herm. Friedrich, Arndstr. 25, 2. St., Leipzig.
35. **Lederarbeiter.** H. Weiswenger, Brunnenstr. 102, 4. St., Berlin N 31.
36. **Lithographen und Steindrucker.** D. Sillier, Weinbergsweg 6, 3. St., Berlin N 54.
37. **Maler.** A. Tobler, Schmalenbeckerstr. 17, 2. St., Hamburg-Barmbeck.
38. **Maschinenisten und Heizer.** K. Kirchnick, Pückerstr. 55, Berlin SO 33.
39. **Massenre.** Wilh. Strube, Louisenweg 151, 1. St., Hamburg.
40. **Maurer.** Th. Bömelburg, Brennerstr. 11, 1. St., Hamburg = St. Georg.
41. **Metallarbeiter.** A. Schilde, Rotestr. 16 b, Stuttgart.
42. **Müller.** H. Käppler, Zwickauerstr. 12, Altona, S.-A.
43. **Porzellanarbeiter.** Georg Wollmann, Rosinenstr. 3, Seitenflügel, 2. St., Charlottenburg.
44. **Sattler und Tapezierer.** J. Sassenbach, Engelufur 15, Berlin SO 16.
45. **Schiffszimmerer.** W. Müller, Balduinstr. 4, Hs. 2, 1. St., Hamburg = St. Pauli.
46. **Schmiede.** F. Lange, Herderstr. 2, Hamburg-Uhlenhorst.
47. **Schneider.** F. Holzhäuser, Gutenbergstr. 106, 3. St., Stuttgart.
48. **Schuhmacher.** J. Simon, Mögeldorfstr. 10, Nürnberg.
49. **Seelente.** Paul Müller, Hafenstr. 116, 1. St., Hamburg = St. Pauli.
50. **Steinarbeiter.** Paul Oswald, Bergstr. 30/31, Hof, pt. Berlin-Mittdorf.
51. **Steinseher.** A. Anoll, Waldenserstraße 18/19, Berlin NW 21.
52. **Stukkateure.** Chr. Obenthal, Vogelweide 16, 2. St., Hamburg-Barmbeck.
53. **Tabakarbeiter.** Carl Deichmann, Martinistr. 4, 2. St., Bremen.
54. **Tapezierer.** L. Grünwaldt, Steinbamm 99, 2. St., Hamburg = St. Georg.
55. **Textilarbeiter.** C. Hübsch, Warschauerstr. 9, 4. Stg., Berlin O 34.
56. **Töpfer.** A. Drunsel, Engelufur 15, Berlin SO 16.
57. **Bergolde.** Heinrich Späthe, Wisnackerstr. 39, Berlin NW 5.
58. **Werstarbeiter.** Otto Dellerich, Batteriestr. 6, Lehe bei Bremerhaven.
59. **Zigarrenfortierer.** C. Arnhold, Schärerstr. 19, Hamburg-Gimsbüttel.
60. **Zimmerer.** F. Schrader, Fehlerstr. 28, 1. St., links, Hamburg-Barmbeck.

Agitations-Kommissionen.

- Agitations-Kommission für Ostpreußen.** Königsberg i. Pr., Otto Braun, Tragb. Pulverstr. 52 d, part.
- Agitations-Kommission für Westpreußen.** Danzig, A. Bartel, Breitegasse 62, part.
- Agitations-Kommission für Oberschlesien.** Beuthen in D.-Schl., Dr. A. Winter, Schieckhausstr. 6.
- Agitations-Kommission für Posen.** Posen, J. Gogowsky, Breitestr. 21, 1. St.
- Agitations-Kommission für Elsaß-Lothringen.** Straßburg im Elsaß, L. Bröhl, Alter Weinmarkt 16.

Adressen der deutschen Arbeitersekretariate.

1. **Altenburg** (S.-A.), Wallstraße 9.
2. **Altona**, Große Bergstr. 204, 1. St.
3. **Berlin SO**, Engelufur 15.
4. **Beuthen** (D.-S.), Schieckhausstr. 6.
5. **Bremen**, Osterthorstr. 26, 1. St.
6. **Breslau**, Messergasse 18/19, 1. St.
7. **Cassel**, Bildemannsgasse 20, 2. St.
8. **Cöln a. Rh.**, Poststr. 50.
9. **Darmstadt**, Elisabethstr. 31.
10. **Dortmund**, Kampstr. 1.
11. **Frankfurt a. M.**, Am Schwimmbad 8-10.
12. **Gelsenkirchen**, Hochstr. 53.
13. **Gera** (Neuß), Hospitalstr. 21, 1. St.
14. **Gotha**, Grünerstr. (Altes Gerichtsgebäude).
15. **Halle a. d. S.**, Geiststr. 21.
16. **Hamburg**, Gänsemarkt 35.
17. **Hannover**, Leinstr. 17.
18. **Harburg a. d. E.**, 1. Bergstr. 72, part.
19. **Hildesheim**, Judenstr. 5.
20. **Iserlohn**, Karrenstr. 2.
21. **Jena**, Saalbachstr. 3.
22. **Kiel**, Gasstraße 24, part.
23. **Landeshut i. Schl.**, Gasthof „Zur Sonne“, Niederzieder bei Landeshut.
24. **Lübeck**, Johannesstr. 46, part.
25. **Mannheim**, E. 3, 10.
26. **Mühlheim a. M.**, Offenbacherstr. 7.
27. **München I**, 1. Baaderstr. 1.
28. **Neuruppin**, Carlstr. 13.
29. **Nürnberg**, Eydiensplatz 22.
30. **Posen**, Breitestr. 21.
31. **Stuttgart**, Ehlingerstr. 17/19.
32. **Striegau**, Weberstr. 12.
33. **Tutlingen**, Obere Hauptstr. 20.
34. **Waldenburg i. Schl.**, Altwasser b. Waldenb. i. Schl.
35. **Wolgast**, Kronwickstr. 4.
36. **Würzburg**, Textorstr. 12.